Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Inseratenpreis berechnet für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 40. Mittwoch, den 17. Februar 1904. 15. Jahrgang.

Kriegsheilige.

Berliner Blätter melden:

Als Ehrengabe für den neuen Feldpropst Vollmar haben die Divisions- und Garnisonspfarrer der preußischen Armee einen Bischofsstab überreicht, der, von dem päpstlichen Goldschmied Witte in Aachen hergestellt, ein Prachtstück der Goldschmiedekunst darstellt. In dem sogenannten Nodus, der die Verbindung des mit Amethysten und Opalen geschmiedeten Stabes mit der reichgebildeten Krümme herstellt, befinden sich vier emaillierte Medaillons, welche die Bildnisse der Schutzpatrone für die verschiedenen Waffen tragen und zwar das Bildnis

der heiligen Barbara (Artillerie),
des heiligen Mauritius (Infanterie),
des heiligen Georg (Kavallerie),
des heiligen Joseph (Pioniere).

In der Rundung der Krümme selbst befindet sich ein gleichfalls emailliertes Medaillon mit dem Bildnis des **heiligen Michaels.**

Der Zimmermannssohn aus Nazareth würde wohl große Augen machen, wenn er auf einer neuen Erdenfahrt dem Feldpropst mit seinem edelsteingeschmückten Stabe und seinen fünf emaillierten Kriegsheiligen begegnen würde. Die Predigt, die er bei diesem Anblick halten würde, wollen wir lieber nicht zu skizzieren versuchen. Sie würde bei den guten Christen ganz gewiß großes Aergernis erregen.

Die heilige Barbara aber — um wenigstens die Frau unter den fünf sonderbaren Heiligen vor Verdacht zu bewahren — war durchaus keine Furie, die dem Kriege die Fackel vorantrug, sondern eine christliche Dulderin. Heilige der Artillerie wurde sie deshalb, weil ihr Vater, der sie hatte enthaupten lassen, vom Blitze getroffen wurde. Diese Legende illustriert die christlichen Sätze „Du sollst nicht richten!“ und „Die Rache ist mein, spricht der Herr“. Auch die heilige Barbara würde sich also bei uns dagegen verwahren, daß man sie zur Spezialheiligen für Melinitgeschosse und Rohrrücklaufgeschütze gemacht hat.

Ein seltener Tag!

Der Reichstag bot heute ein ganz sonderbares Bild. Zum ersten Male seit Beginn dieser Session kein Wort gegen die Sozialdemokratie, kein Spott über den „Zukunftsstaat“, kein Ausdruck des Hasses gegen ihre Gegenwartsarbeit. Herr v. Kardorff Arm in Arm mit unseren Parteigenossen als Verteidiger der Freiheit der Kunst, ein Schauspiel für Götter; die Zentrumsabgeordneten, lex Heinze-Leute vor wenigen Jahren, laufen heute Sturm gegen die Regierung, weil sie die moderne Kunst gefährdet, haben Paritätsschmerzen nicht für die katholische Religion, sondern für den gottlosen Künstlerbund, die Sezessionisten. Der nationalliberale Graf Oriola, den man bisher nur als Agrarier kannte, dem auch jetzt noch die „Elendskunst“ verhaßt ist, als Wortführer der Sezession, des Naturalismus — wahrlich, ein würdiges Fastnachtsspiel, auch zeitlich genau auf die Faschingslaune berechnet.

Was ist denn geschehen? Zwischen der älteren Kunstgenossenschaft und dem jüngeren Künstlerbunde war über die Beteiligung an der Weltausstellung in St. Louis Streit ausgebrochen. Jede der beiden Künstlervereinigungen suchte, wie leicht verständlich, möglichst viel Raum für sich und ihre Anhänger zu erhalten. Die Reichsregierung vermittelte und legte schließlich einen Maßstab fest. Da plötzlich, am 19. August 1903, stellt sich Anton v. Werner, der Vorsitzende der Kunstgenossenschaft, die sich der besseren höfischen Beziehungen erfreut und nur durchaus loyale Mitglieder hat, im Ministerium ein. Das Ministerium stellt rasch „Erwägungen“ an und binnen kürzester Zeit ist die Veranstaltung der ganzen Kunstausstellung in St. Louis der Kunstgenossenschaft übertragen, nachdem vorher das Wort von der Rinnsteinkunst gefallen war. Die Sinnesänderung geht so plötzlich vor sich, daß man keine Zeit hat, die einzelstaatlichen Regierungen auch nur zu benachrichtigen, und ist so kräftig, daß man den Vorsitzenden des Künstlerbundes, einen Grafen, einen Akademieprofessor nicht einmal mehr empfängt. Nun gehören aber auch der Sezession nicht nur die weitaus bedeutenderen Künstler, sondern auch recht einflußreiche Leute an, und so nahmen denn nach den Blamagen, die sich die offizielle Kunst nach den Weltausstellungen in Chikago und Paris geholt hatte, die bürgerlichen Parteien dieses Vorgehen nicht ruhig hin.

Natürlich ist es eine sonderbare Art von Opposition, die da getrieben wird. Abgesehen von Herrn v. Kardorff, der eine aufrichtige Begeisterung für die freie Kunst an den Tag legte und selbst vor dem vornehmsten Produkt moderner Hofkunst, der Berliner Siegesallee nur recht wenig Ehrfurcht empfand, ist ein gequältes Wenn- und Aber-Spiel. Besonders Graf v. Oriola machte eine unendliche Menge von Vorbehalten gegen die „freche“ Kunst. Mit berechtigtem Spott konnte Genosse Dr. Südekum, der die prinzipiellen Ausführungen unseres Genossen Singer mit seiner Kunstkennerschaft und scharfem Witz ergänzte, dem Herrn Grafen erklären, daß eine Reglementierung durch ihn nicht besser sei als eine Kunstkontrolle durch die preußische Polizei. Wir fordern völlige Freiheit, uneingeschränkten Individualismus, eine Kunstrepublik ohne Wilhelm II. oder A. v. Werner als Großherzog.

Rußland und Japan.

Unkontrollierbare Nachrichten liegen vom Kriegsschauplatz zahlreich vor, aber niemand weiß, was daran ist. Ein Berliner Lokalblatt will aus Tokio den Kriegsplan der Japaner erfahren haben. Ein anderes Blatt will aus Petersburger Hofkreisen erfahren haben, daß am Baikalsee 600 russische Soldaten teils erfroren sein, teils schwere Beschädigungen durch Frost erlitten haben sollen. Englische Blätter lassen sich melden, daß in einem neuen Angriff der Japaner auf Port Arthur acht russische Schiffe in den Grund gebohrt und zehn von den Japanern gekapert seien. Das ist natürlich erfunden. Mehrfach wird die Beschlagnahme von Dampfern mit Kriegskontrebande durch japanische Kriegsschiffe gemeldet.

Der japanische Kriegsplan.

Aus Tokio wird dem „L.-A.“ telegraphiert: Der japanische Kriegsplan besteht fürs erste darin, die russische Hauptflotte durch eine Linie von Beobachtungsschiffen von Tschifu bis Tschemulpo auf den Golf von Petschili zu beschränken und inzwischen zwei Armeekorps nach Korea überzuführen. Eine dritte Armee steht bereit, gegebenenfalls östlich von Port Arthur zu landen, um den Vormarsch der beiden anderen über den Yalafluß hinaus von der Flanke her zu unterstützen. Die Einzelheiten werden auf das strengste geheim gehalten. Die Truppenbewegungen finden nur des Nachts statt. Das große Hauptquartier ist in Kioto.

Russische Truppensammlung.

Am Jalufluß, der die Grenze zwischen der Mandschurei und Korea bildet, haben die Russen eine große Truppenmacht. „Daily Mail“ wird aus Tokio gemeldet, daß die Russen 37,000 Mann Truppen in Föngthwangtschöng zusammenzögen; der Platz solle zur Hauptfestung auf der mandschurischen Seite des Jalu gemacht werden.

Englische Tartarennachricht.

Der Londoner „Standard“ meldet aus Tientsin vom 16. d. M.: Bei dem Gefecht vor Port Arthur sollen die Russen große Verluste erlitten haben. Der englische Admiral in Wei-hai-wei meldet, daß acht russische Kriegsschiffe in den Grund gebohrt worden seien, während zehn andere von den Japanern genommen wurden. Die japanische Flotte befinde sich bei Dalny. — Die Nachricht klingt total unwahrscheinlich.

Deutsche Russenbrüderschaft?

Für die Aufsehen erregende Kundgebung des deutschen Konsuls in Moskau, der gegenüber einer vor seinem Hause demonstrierenden Menge erklärt haben soll, Japan habe das Völkerrecht durch seinen Ueberfall verletzt, wird offiziös eine Rektifikation des Konsuls in Aussicht gestellt, falls sich die Aeußerung bestätigen sollte. Die Aeußerung wird damit erklärt, daß der Konsul nur die Uebermittelung einer Sympathiekundgebung an Kaiser Wilhelm zugesagt habe. Ferner sei erwähnt, daß aus Petersburg über eine Sympathiekundgebung von Lichterfelder Kadetten berichtet wird. Eine Klasse des Lichterfelder Kadettenkorps habe den Petersburger Zöglingen der Nikolai-Ingenieurschule ihre allerbesten Wünsche für die russischen Krieger gesandt; der Brief sei in russischer Sprache abgefaßt, ebenso die Namensunterschriften. — Sollte eine solche im Widerspruch mit der deutschen Neutralitätserklärung stehende Kundgebung wirklich abgegangen sein?

Die Dardanellenfrage.

In der Sitzung des englischen Unterhauses richtete das Mitglied des Hauses Gibson Bowles die Frage an die Regierung, ob die russische Regierung sich mit dem Ersuchen an die britische Regierung gewandt habe, sie möge ihre Zustimmung erteilen, daß russischen Kriegsschiffen der Weg durch die Dardanellen gestattet werde. Der Staatssekretär des Innern Akers Douglas erwiderte, an die britische Regierung sei ein Ersuchen in dieser Angelegenheit nicht gerichtet worden. Es sei keinerlei Grund zu der Annahme vorhanden, daß Rußland einen solchen Schritt beabsichtige, der eine zweifellose Verletzung der ihm gegenüber den europäischen Mächten vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen in sich schließen würde.

Im Wirbel.

Von Carl Morburger.

32] (Nachdruck verboten.)

Ein stetes Grüßen, Kokettieren und Flirten. Das Treiben des Salons auf die Straße verlegt. Eine große Heerschau derer, die auf den Höhen der heutigen Gesellschaft wandeln, eine prunkvolle Revue der Drohnen im sozialen Bienenkorbe. Die Damen der Welt und Halbwelt sich überbietend im Glanze, in ihrem Gefolge die Schleppträger, die Bewunderer ihrer Reize, die Trabanten ihrer Persönlichkeit, die Gefangenen eigener Schwäche, die Sklaven raffinierter Koketterie in Frack und in strotzenden Uniformen.

Dicht aneinandergepreßt stand auch hier die gaffende Menge; der farbenprächtige Zug erregte ihre Bewunderung, aber auch Neid und Haß.

Das war die „Praterfahrt“.

Heute steht der Prater, ja ganz Wien am ersten Maientage unter dem Zeichen des „Praterganges“. Des Praterganges des Proletariates, das diesen Tag zum Weltenfeiertage erhoben, zur Feier der Auferstehung des vierten Standes, des Erfassens von Menschenwert und Menschenwürde.

In allen Fabriken, allen Werkstätten ruhet die Arbeit. Schon in den frühen Morgenstunden wimmeln die Straßen von Leuten im Sonntagsstaate, mit dem Maifestzeichen oder der roten Nelke, dem Parteiabzeichen der Sozialdemokratie, geschmückt, die zu den Versammlungen eilen. In jedem Bezirke sind deren einige. Sie dokumentieren auch äußerlich die Verbrüderung ihrer Teilnehmer. Unter derselben Fahne, von dem gleichen Gedanken erfüllt, wird in allen Sprachen Oesterreichs referiert. Deutsch, tschechisch, polnisch, italienisch, ruthenisch, ungarisch und auch slovenisch und kroatisch.

Am Nachmittage, gleich nach ein Uhr beginnt der Aufmarsch. Die Teilnehmer aus den äußersten Bezirken brechen am frühesten auf; an einem bestimmten Platze sammeln sich die Leute eines Bezirkes, dann geht es fort. Die Zeit ist so gewählt, daß sie in den Hauptstraßen der dem Ringe näheren Bezirke eintreffen, um sich der Gruppe dieser Bezirke gleich anschließen zu können. Und nun in allen Hauptstraßen ein langer, dichter Zug der Pratergänger, in losen Reihen, Männer, Frauen und Kinder. Alle geschmückt mit der roten Nelke, die Männer mit roten Krawatten, die Frauen in roten Hüten, mit roten Regen- oder Sonnenschirmen, um ihre Zugehörigkeit auch äußerlich zu kennzeichnen. Und über alle eine seltsame Stimmung. Ein Gemisch von dem Ernste, der Trauer der Gegenwart und dem Lichte der Freude der Zukunft. Eine bewundernswerte Disziplin in ihren Reihen, ein williges Fügen in die Worte der an roten Armschleifen kenntlichen Ordner des Zuges.

An den Brennpunkten des Verkehrs, dem Schwarzenbergplatze, der Oper, der Bellaria mit den Museen und der Burg und dem Schottentore ergießen sich diese Menschenmassen auf den Ring, auch hier unter der Weisung der Ordner, die den Anschluß an die früheren Gruppen und den geregelten Aufmarsch auf der rechten Straßenseite leiten. Ein unübersehbarer Zug, eine Heeresschau der meist sozialdemokratischen, klassenbewußten Arbeiterschaft, an achtzig bis hunderttausend Personen.

Bis in die letzte Zeit ging der Aufmarsch am Parlamente vorüber. Eine stille, gewaltige Demonstration für das vorenthaltene Wahlrecht.

Heute haben sie ein kleines Stückchen dieses Rechtes erkämpft, ertrotzt. Die lächerliche Mißgeburt der „vierten Kurie“, dieser Schöpfung des galizischen Exstatthalters und österreichischen Exministers Badeni. Ein Muster staatsmännischer Weisheit, diese „vierte Kurie“! In ihr wählt eine ganze Provinz, mit oft weit über hunderttausend Wählern — einen einzigen Abgeordneten; einen Abgeordneten, den schon drei Privilegierte der ersten Kurie, der tirolische Hochklerus, oder neun Großgrundbesitzer zu wählen berechtigt sind. Drei Privilegierte und über hunderttausend Bürger stehen einander heute als gleichwertig gegenüber. Und das ist ein Erfolg, ein Fortschritt; denn diese bis dahin rechtlosen Millionen haben nun eine Stätte des freien Wortes für ihre Vertreter. Damit begnügen sie sich für den Augenblick, und der Aufzug vor dem Reichsrate unterbleibt.

Das Schottentor, der Platz zwischen der Votivkirche und der Universität, ist der Scheidepunkt. Die Massen, die aus den rechts gelegenen Bezirken aufmarschieren, ziehen über den Franzens-, Burg-, Kärntner- und Kolowratring, am Stadtparke vorüber, über den Park- und Stubenring zur Aspernbrücke, die in die Praterstraße führt. Hier vereinigen sie sich mit dem Zuge der vom Schottentore links gelegenen Bezirke, der über den Schottenring und den Franz-Josefs-Quai aufmarschiert ist. Ueber hundert radfahrende Arbeiter mit roten Schärpen, die Räder wie übergossen mit roten Nelken, stehen hier und sausen beim Nahen der Massen fort, ihr Kommen den Ordnern verkündend.

Ueber die Aspernbrücke hin der ganze Zug. Und von hier aus, stets auf der rechten Straßenseite, bis über den Praterstern und den Viadukt hinaus, der in den Volksprater führt, eine lange lebende Kette. Hunderte von Ordnern, die Hand in Hand verschlungen am Rande des Bürgersteiges stehen, einen Zaun bildend, stundenlang im Sonnenbrande ihres Amtes waltend. Ein hartes, schweres Stück Arbeit. Zwischen dieser lebenden Kette und der Häuserreihe lebhaft, aber nicht lärmend, der gewaltige Menschenstrom, der sich in den Prater ergießt und dort die unzähligen Wirtschaftssäle und Gärten anfüllt. Auch hierbei herrscht Disziplin. Jede Branche hat bestimmte Lokale angewiesen, und diese Anordnungen sind schon im Vorhinein in den Parteiblättern angekündigt. Die Ordner, die vor jedem Lokale stehen, sind völlig instruiert und fähig, jedem Fragenden Auskunft zu erteilen.

In den dichtgefüllten Gärten die bewegte Menge, festlich gestimmt, freudig und vergnügt. Hier und da ein kleiner Auflauf, ein frohes, lautes Begrüßen. Einer der Führer ist erschienen. Sie weilen meistens im „Tivoli“ beim Lachmeyer, wo das Ordner- und Festkomitee seinen Sitz hat.

Markante, aber auch gewöhnliche Gesichter. Langsam schreitet, leicht gebückt, der eine der Führer dahin, dem auch seine erbittertsten Gegner nichts, als die jüdische Abstammung vorzuwerfen wissen. Einer der politisch tüchtigsten Köpfe Oesterreichs, ein guter Taktiker, ein glänzender Redner, glänzend durch seinen kaustischen Witz, seine Schlagfertigkeit, seine Gründlichkeit und frei von jedem Pathos. Durch die Augengläser strahlen die Blicke, und die gefurchte Stirne zeugt von wirbelnden Gedanken. Er drängt sich nicht vor — er begnügt sich, etwas rückstehend, alles zu leiten.

Da ist sein Nachbar anders geartet. Er überragt die Menge um einen halben Kopf. Körperlich, natürlich. Eine schlanke, geschmeidige, elegante Gestalt mit dem dunklen Teint und Haar und den lebhaften, glänzenden Augen der Ostslaven. Ein leidenschaftlicher, aber pathetischer Redner, dem man großes Glück bei den Damen der polnischen Aristokratie nachrühmt. Er selbst entstammt Kreisen, die dieser Schichte nahestehen, hat leidenschaftliche Bewunderer, aber auch zahlreiche Gegner in den ihm näher stehenden politischen Kreisen. Sie werfen ihm autokratische Gelüste vor.

Zwischen einer Gruppe von Radfahrern eine gedrungene Gestalt. Der weltliche Abraham a Sancta Clara. Der populärste Redner im urwüchsigen Dialekte der „enter'n Gründ“ mit derbem Mutterwitz und einer Bibelkenntnis, die vielen katolischen Priestern schon großes Aergernis bereitet hat. Er kennt die Evangelien zu gut und entnimmt diesen die wirksamsten Waffen gegen den heutigen katholischen Klerus.

Wie er, stets geschäftig und rührig, ihm am verwandtesten, ein früherer Schneider, jetzt Abgeordneter einer Provinzhauptstadt, witzig und dabei gelenkig wie ein Wiesel. Bei einigen Buchdruckern und Zeitungssetzern einer der älteren Führer, glattrasiert, mit scharf gezeichneten Gesichtszügen. Er ist der politischen Betätigung abgeneigt und widmet sich und seine Kraft der gewerkschaftlichen Bewegung. Ein zäher, ehrlicher Parteimann und dabei guter Publizist.

Als solchen findet er in einem ebenfalls glattrasierten Genossen einen ihn überragenden Kollegen der Feder. Ein agiler, lebhafter Geist, tüchtiges Wissen — etwas mehr Floretfechter, weniger Dreschflegelstil, und er wäre ein bedeutender Publizist. Auch er hat den Vorwurf zu hören, daß er an „semitischer Herkunft“ leidet.

(Fortsetzung folgt.)

„Nishin" und „Kasuga".

Ueber den Verbleib der beiden neuen japanischen Kreuzer „Nishin" und „Kasuga" wird dem Daily Expreß aus Singapore unterm 7. Februar gemeldet, daß die Kreuzer am 5. Februar Kohlen einnahmen und dann, ohne fertig gekohlt zu haben, in See gingen. Anstatt aber nordwärts zu gehen, segelten sie nach dem holländischen Archipel, wo sie einen der japanischen Nippondampfer mit 1200 Mann und Marineoffizieren trafen, die auf den Kreuzer übergeladen wurden, während die gemischte englisch-italienische Besatzung auf das Nipponschiff übergeführt wurde. Die Kreuzer kehrten dann nach Singapore zurück und erwarteten weitere Instruktion auf See. Sie erhielten Befehl, vor Singapore zu kreuzen, um zwei Schiffen der russischen Freiwilligenflotte, der „Jekaterinoslaw" von Wladiwostok kommend (inzwischen gekapert) und dem aus Shanghai kommenden „Veronei" aufzulauern. „Kasuga" und „Nishin" wurden beim Kreuzen vom amerikanischen Postdampfer „Kilpatrick" und dem deutschen Postdampfer „Roon" gesehen.

Russische Grausamkeiten.

Etwa 50 Japaner, die sich auf dem Wege nach Tientsin befanden, sind in Taschitschao an der mandschurischen Bahn angehalten und nach Port Arthur gebracht worden. Ihre Frauen sind unter militärischer Bewachung in Niutschwang eingetroffen. Der amerikanische Konsul Miller hat die Freilassung der letzteren erwirkt, Admiral Alexejew aber ihre Wiederinhaftnahme angeordnet. Sie sind sodann mit allen übrigen in der Mandschurei befindlichen Japanern ebenfalls nach Port Arthur geschafft worden.

Konsul Miller hat gegen die grausame Behandlung Einspruch erhoben, welcher die japanischen Flüchtlinge angeblich von russischen Soldaten ausgesetzt gewesen sind. Auch gegen einen ungarischen Reisenden hatten sich russische Soldaten grobe Ausschreitungen erlaubt, und den Konsul Miller, an den er sich gewandt hatte, bedroht.

Der kommandierende Offizier hat den Beteiligten sein Bedauern über den Vorfall ausgedrückt. Was die Behandlung der Flüchtlinge anlangt, so hat nunmehr der russische Ziviladministrator persönlich die Sorge für deren zweckmäßige Behandlung übernommen.

Admiral Alexejew hat allen Schiffen verboten, in die Häfen von Dalni, Port Arthur oder von anderen Orten auf Kwantung einzufahren. Ausländer dürfen nur mit militärischen Passierscheinen reisen.

Weitere Nachrichten.

Die Beschlagnahme eines deutschen Dampfers wird der „Times" aus Tokio gemeldet. Danach wurde der deutsche Dampfer „Emma", mit einer Ladung Dynamit nach Port Arthur an Bord, in Yokohama von den Japanern beschlagnahmt.

Ein Transportschiff gekapert. „Daily Telegraph" meldet aus Nagasaki, gerüchtweise verlaute, die Russen hätten ein japanisches Transportschiff überrascht, an dessen Bord sich 1800 Mann befanden. Drei russische Kreuzer sollen die Meerenge von Tsingarn passiert haben.

Demonstrationen teils für die Russen, teils für die Japaner, fanden am Sonntag in mehreren Städten Oesterreichs statt. In Wien zogen eine 300 slavische Studenten vor die russische Botschaft und sangen russische, tschechische und bulgarische Lieder.

In der Erwartung von Unruhen ist, nach dem „Oberschles. Korresp.-Bureau", die russische Garnison in Bendzin um 400 Kosaken vergrößert worden. Die Militärverwaltung läßt in der Voraussetzung, daß in den Sosnowice-Siesce-Industrieorten durch Arbeiter während des russisch-japanischen Konflikts leicht Unruhen provoziert werden könnten, täglich mehrere Patrouillen bis an die äußersten Grenzen ausführen. Ansammlungen von mehr als fünf Personen werden sofort auseinander getrieben.

Korea. Das „Bureau Reuter" meldet aus Söul: Der japanische Gesandte Hayashi und der japanische Militärattaché Ishichi seien am 9. Februar Abends vom Kaiser von Korea in Audienz empfangen worden und hätten ihm über den eingetretenen Umschwung der Sachlage berichtet. Der Kaiser habe das offene Vorgehen der Japaner gebilligt und bestimmt erklärt, er würde den Staat niemals irgend einer andern Macht anvertrauen und sich gänzlich auf Japan verlassen.

Ganz rätselhaft für den europäischen Beobachter ist das Verhalten der japanischen Bevölkerung, die zweifellos vorhandene fieberhafte Erregung der Masse wird verborgen. Die Väter der in den Krieg ziehenden jungen Leute verabschieden sich kühl von ihnen, die Mütter sagen ihnen ohne Tränen und ohne jede sichtbare Bewegung Lebewohl; trotzdem herrscht allgemein feste Entschlossenheit, wenn nötig den letzten Blutstropfen für das Vaterland herzugeben, daneben allerdings auch eine allzu große Siegeszuversicht. Das große Hauptquartier befindet sich in Kioto. Die japanischen Mannschaften machen einen guten Eindruck, die Pferde aber sehen jämmerlich aus.

Aus Warschau, 16. Februar, wird berichtet: Eine große Anzahl Frauen der besseren Gesellschaft wurden unter dem Verdacht politischer Umtriebe verhaftet, eine der Damen sogar auf dem Ball der aristokratischen Damen im Rathaussaal.

Neue Schlachtschiffe für Japan.

Die japanische Regierung hat bekanntlich unmittelbar vor Ausbruch der Feindseligkeiten mit Rußland noch zwei neue, gewaltige Schlachtschiffe in England bestellt. Die Kontrakte sind letzten Sonnabend unterzeichnet worden. Um die Herstellung zu beschleunigen, sind die beiden Schiffe verschiedenen Werften, nämlich das eine an Vickers in Barrow, das andere bei Armstrong in Elswick, in Auftrag gegeben. Das Deplazement der neuen Schlachtschiffe soll 16400 Tonnen betragen; die Bestückung erfolgt nach demselben System wie bei der „Mikasa". Das System ist inzwischen bei der „König Eduard VII."-Klasse angenommen worden. Die beiden neuen japanischen Schlachtschiffe werden jedoch noch stärker armiert als die „König Eduard VII."-Klasse; denn obwohl die Zahl der Geschütze dieselbe sein wird, erhalten einige ein stärkeres Kaliber, so daß das Geschoß-(Schleuder-)Gewicht bei den japanischen Schiffen 11 Tonnen in der Minute gegen 9 Tonnen bei der „König Eduard VII."-Klasse betragen wird. Die neuen japanischen Schiffe werden die stärksten Schlachtschiffe, welche bisher überhaupt erbaut sind. Ihre Geschwindigkeit soll 18,5 bis 19 Knoten betragen. Ihre Ablieferung soll bereits innerhalb 18 Monaten erfolgen.

Politische Uebersicht.

Der rote Tag von Hamburg. Zu dem schönen Wahlsiege in Hamburg, den wir bereits feierten, führt unser Hamburger Parteiorgan aus:

„Was der 16. Juni v. J. für die deutsche Sozialdemokratie, das ist der 12. Februar d. J. für die Hamburger Sozialdemokratie geworden, ein roter Sieges- und Ehrentag. Das war ein Leben in den zur Wahl stehenden Bezirken! Unsere Parteigenossen arbeiteten, wie immer, fleißig, opferwillig, gewissenhaft und ihrer unermüdlichen Kleinarbeit ist ein wesentlicher Teil des glänzenden Erfolges zuzuschreiben. Alle Posten waren gut besetzt. Die Plakatträger, die Stimmzettelverteiler, die Mannschaft für die Hausagitation, die Genossen in den Wahllokalen und in den Agitationsbureaus in den einzelnen Bezirken usw., sie alle haben im vollsten Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Aber auch die Gegner setzten ihre ganze Kraft ein, um sich der Sozialdemokraten zu erwehren. Die Antisemiten machten krampfhafte Anstrengungen, in Barmbeck und Eimsbüttel wenigstens einen Achtungserfolg für ihre bisherigen Bürgerschaftsmitglieder Jacobsen und Raab herauszuschlagen. In Eimsbüttel waren im 64. Bezirk die Hauptmatadore bei der Hausagitation für Raab tätig, aber es nützte nichts, denn Raab wurde von dem Sozialdemokraten, Genossen Stubbe, an die dritte Stelle gedrängt. Sic transit gloria mundi! Nicht besser ging es Herrn Jacobsen in Barmbeck. Als Kuriosum sei erwähnt, daß der antisemitische Kandidat Westphal im 49. Bezirk (Neustadt), für den den ganzen Tag über mit Plakaten und Stimmzetteln agitiert wurde, auch nicht eine einzige Stimme erhalten hat.

Als Abends die Wahlresultate bekannt wurden, herrschte im Lager unserer Gegner eine sehr katzenjämmerliche Stimmung, insbesondere bei den Antisemiten. Dagegen wurden in unseren reich beflaggten Agitationslokalen die Schlag auf Schlag eintreffenden Siegesnachrichten mit großem Jubel aufgenommen. Mancher schüttelte ungläubig den Kopf, wenn er die Botschaft erhielt: „Zwölf gewählt, sechs in Stichwahl!" So hoch hatte niemand seine Erwartungen gespannt."

Eine erhebliche Straflektion muß die „Kölnische Volkszeitung" den eignen katholischen Glaubensbrüdern erteilen. Da es den Katholiken möglich ist, sich zur Begründung aller möglichen Arbeiterfeindlichkeiten auf die Papstäußerungen zu beziehen, so glaubte eine katholische Firma sogar ihrer Gegnerschaft gegen den Buchdruckertarif durch Zitierung eines Satzes aus dem Erlaß Pius X. über die christliche Demokratie die höhere Weihe geben zu können. Der Erlaß setze fest, daß jeglicher nach seinem Belieben über sein Privateigentum verfügen dürfe, der Tarif schränke das Recht ein, — daher sei er verwerflich und die Firma wolle sich ihm nicht fügen. Die „Kölnische Volkszeitung" wendet sich gegen diese Auffassung und erregt sich lebhaft über den „Unfug" solcher Ausnutzung kirchlicher Kundgebungen, der „in einzelnen katholischen Blättern immer größeren Umfang annähme." Sie sagt weiter:

„Die Sozialdemokratie hat keine wirksameren Agitationsmittel, als die Beweisführungen dieser unberufenen Ausleger von Encykliken, Motuproprios usw. Der Unfug schadet unendlich der Sache des Katholizismus, er lähmt und erschwert die sozialpolitische Aktion des Zentrums, säet Mißtrauen in den Kreisen auch der treu katholischen Arbeiter. Darum wollten wir einmal in einem krassen Falle „ein Exempel statuieren."

Wir haben alles Mitempfinden für die „Kölnische Volkszeitung", daß sie so große Mühe aufwenden muß, um die blödeste Rückständigkeit katholischer Firmen und Zeitungen in sozialpolitischen Fragen zurückzuweisen.

„Nationale" Politik. Aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird geschrieben:

Die jüngsten Polendebatten im preußischen Landtage haben die Aufmerksamkeit auf die starke Vermehrung der slavischen Elemente im Ruhrkohlenbezirk gelenkt. Die Zahl der Polen insgesamt schätzt man im industriellen Teile Rheinlands und Westfalens auf über eine halbe Million. Natürlich sind hier Frauen und Kinder mit eingerechnet. Vorzugsweise werden die polnischen Arbeiter im Bergbau beschäftigt, aber auch in der Eisenindustrie. An nachstehenden Ziffern soll gezeigt werden, welche Bergreviere die meisten Nichtdeutschen aufweisen. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund werden 247,707 Bergleute beschäftigt. Von diesen sind 14,842 Ausländer, darunter 8640 Oesterreicher, 2664 Holländer, 2109 Italiener, 541 Russen und 162 Belgier. 77,675 Polen und Masuren. Den geringsten Prozentsatz nicht-westfälischer Bergleute weisen die älteren, an der mittleren Ruhr belegenen Bergreviere auf, den stärksten die Reviere Herne, Gelsenkirchen und Oberhausen, in denen über 50 Prozent der Belegschaften Ostelbier und Ausländer sind. Auf einer Reihe Zechen verschwindet das heimische Element fast ganz. So sind z. B. auf Zeche „Neumühl" 1066 Ausländer und 819 Polen beschäftigt, auf den beiden Schächten „Prosper" 2849 Polen, auf „Zollverein" 2128 Polen, „Rheinelbe" 1155, „Holland" 1588, „Viktor" 1186, „Friedrich der Große" 1808, „Shamrok" 2533, „Pluto" 2390, „Ewald" 1195, „König Ludwig" 1364, „Bismarck" 1237, „Konsolidation" 1762 auf dem neuen Schacht und 875 auf dem alten Schacht, „Neu-Iserlohn" 618 Polen usw. Auf einigen Zechen sind 90 Prozent der Belegschaft Polen.

Daß die Polen, die man in eigens errichteten Kolonien ängstlich vor dem Einfluß der „rot angehauchten westfälischen Bergleute" zu bewahren sucht, sich eng zusammenschließen und so einen Staat im Staate bilden, ist eine Erscheinung, die nicht allein dem Einfluß der hier durch den Polenbund betriebenen großpolnischen Propaganda zu verdanken ist, sondern die ganz naturgemäß ist. Zechengruben haben die Scharen der polnischen Arbeiter aus dem Osten nach dem Westen gelockt, in jeder Weise ist man darauf bedacht gewesen, sie abzusondern von den heimischen Bergleuten, die nicht mit Unrecht Lohndrücker in ihnen sehen. Nun aber, wo die Polen große Gemeinschaften bilden und sich selbst absondern, erhebt man Klagen über die drohende Polonisierung des Westens. Nun, man hemme den Zustrom weiterer slavischer Einwanderung und trachte danach, einen hinreichenden Nachwuchs aus dem alten westfälischen Bergmannsstande zu gewinnen durch menschenwürdige Behandlung der Bergarbeiter und durch auskömmliche Löhne. Das ist das beste Mittel zur Bekämpfung der „Polengefahr" im Westen.

Das dankbare Crimmitschau! Dem Bürgermeister Beckmann in Crimmitschau wurde eine jährliche Gehaltszulage von 1000 Mark (schreibe tausend Mark) zugebilligt.

Begründet wurde diese Zulage damit, daß in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, in denen der Herr Bürgermeister es weder den Arbeitgebern, noch den Arbeitern recht machen konnte, seine Tätigkeit Anerkennung verdiene.

Dieser Beschluß wurde in geheimer Sitzung gegen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt.

Den Crimmitschauer Webern wird eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung nicht so leicht gemacht.

Einen Druck sucht die Regierung auf den Reichstag auszuüben, um ihn zur Bewilligung der von der Budgetkommission gestrichenen 300 Unteroffiziersstellen zu bewegen. Ein Privattelegramm aus Köln meldet:

Die „Köln. Ztg." schreibt zum Beschlusse der Budgetkommission, die von der Heeresverwaltung geforderten 300 Unteroffizierstellen zu streichen, im Interesse der Armee sei die Streichung zu bedauern. Die Kriegsverwaltung werde sich die Frage vorlegen, ob der bisherige „Notbehelf" der zweijährigen Dienstzeit noch weiter genüge, oder ob die gesetzliche Festlegung wirklich unvermeidlich sei; auf den letzten Fall würde sie sich nicht einlassen, ohne eine Kompensation zu fordern, auf die im Interesse der Vermehrung und Besserstellung des Ausbildungspersonals der Kriegsminister bereits aufs bestimmteste hingewiesen habe. Die „Köln. Ztg." erhofft, daß die in der zweiten Lesung kommenden bezüglichen Anträge die Zustimmung des Plenums finden werden.

Der Reichstagsabgeordnete Roeren, der Vorkämpfer des Zentrums in der Lex Heinze-Kampagne, hat eine Flugschrift erscheinen lassen, die, wie die Germania meint, Aufsehen erregen wird. „Sittlicher Niedergang" heißt ihr erstes Kapitel. Abgeordneter Roeren malt darin ein düsteres Bild von der Sittenlosigkeit des deutschen Volkes. Als wichtiges Mittel zur Besserung erklärt der Verfasser die Selbsthilfe des Publikums. Zweck der Schrift soll sein, eine große Organisation über ganz Deutschland anzuregen zum gemeinsamen Kampf gegen die Unsittlichkeit.

Saure Trauben. Die „Nationalliberale Korrespondenz" hatte bekanntlich kürzlich ausgeführt, daß Finanzrat Jencke wegen seiner extremen Scharfmacherei nicht der geeignete Kandidat der Ordnungsparteien bei der bevorstehenden Ersatzwahl im 20. sächsischen Wahlkreise (für Rosenow) sei. Jetzt meldet der „Dresdener Anzeiger", daß Herr Jencke „mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse" eine Kandidatur abgelehnt habe. Herr Jencke will offenbar seinen zweiten Durchfall von der Güte des 16. Juni riskieren.

Ein harmonisches Verhältnis scheint zwischen der Polizei und der Sozialdemokratie in Celle zu bestehen. Die dortige Polizeidirektion versorgt nämlich — ein in Deutschland wohl noch nicht dagewesener Fall — den sozialdemokratischen Verein mit Lektüre. Hier der Beweis:

Polizei-Direktion Celle, 9. Februar 04.
Celle.

Anbei übersende ich zehn Exemplare der Reden des Herrn Reichskanzlers zur gefälligen Benutzung.

J. V.:
Lange, Polizei-Kommissar.

An den Vorsitzenden des Sozialdem. Wahlvereins z. H. des Arbeiters Herrn E. Köppen hierselbst.

Die Freude bei unseren dortigen Parteigenossen hätten wir sehen mögen!

Der Aufstand der Hereros. Wie der „Lokalanzeiger" aus Okahandja meldet, hatte die Kompagnie Fischel am 14. Februar zwischen Seeis und Windhoek auf dem Wege nach Gobabis ein Vorpostengefechtel, bei dem die Seesoldaten Mahnke, Luttermüller und Schneider fielen, Seesoldat Henze schwer und Gefreiter Arndt leicht verwundet wurden.

Leutwein telegraphiert folgendes: Am 16. und 19. Januar hatte die Kompagnie in Ontjo Gefechte südöstlich des Platzes. Der Feind wurde zurückgeschlagen. Verwundet wurden: Hauptmann Kliefoth und Feldwebel Glatzel. Als ermordet werden gemeldet: Ansiedler Karl Behre aus Entin; Peter Farm von Petersdorff; Franz Böttcher-Hamburg; Schwarz, Farm Savannes; Paul Hey, früherer Eisenbahnunteroffizier, Frau Hey wurde gerettet. Ontjo ist nicht direkt bedroht. Gobabis ist infolge des Rückzuges des Feindes frei. Die nach Ontjo gelangte Expedition ist im Gange. Die nach Gobabis abgesandte Expedition setzt ihren Marsch dorthin fort behufs Säuberung des ganzen Distriktes.

Konservativer Vorstoß gegen Arbeiterschutz. Die Bundesrats-Verordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften vom Januar 1902 ist den Arbeiterschutzgegnern von Anbeginn an unbequem gewesen. Jetzt unternehmen die Freikonservativen vom preußischen Abgeordnetenhaus aus einen Vorstoß gegen die Verordnung. Sie fordern in einem Antrag zum Etat der Handels- und Gewerbe-Verwaltung eine Abänderung dieser Verordnung dahin, „daß die Ruhezeiten für die kleinen und mittleren Betriebe unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Arten der Gast- und Schankwirtschaften anderweit geregelt oder daß die Ortspolizei-Behörden ermächtigt werden, in geeigneten Fällen Ausnahmen von den erwähnten Bestimmungen zu bewilligen." Der geringe Schutz der Angestellten im Gastwirtsgewerbe soll rückwärts revidiert werden.

Die Abbitte des Staatsanwalts. In dem kürzlich zu Dessau verhandelten Prozesse des herzoglichen Hofkapellmeisters Mikorey gegen den Opernsänger Kienlechner, in dem der letztere wegen Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hatte der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer mit Bezug auf einen Zeugen, den Referendar Hißbach, von „niedriger Gesinnung" gesprochen. Wie der Anhaltische Staatsanzeiger mitteilt, hat der Staatsanwalt Kinner den gegen den genannten Zeugen gebrauchten Ausdruck nicht beabsichtigt; die Aeußerung ist ihm vielmehr nur im Eifer der Rede entschlüpft. Der Staatsanwalt hat deshalb auch bereits Veranlassung genommen, dem Referendar Hißbach sein Bedauern auszusprechen und ihn um Entschuldigung zu bitten.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Grafen Pückler-Klein-Tschirne, der am 6. Oktober vom Landgericht II Berlin wegen Beleidigung der jüdischen Einwohner Glogaus, begangen durch eine Rede in Berlin zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Auch die Revision der Nebenkläger wurde durch dasselbe Urteil verworfen, soweit dadurch Pückler und Stenograph Schimmelpfennig der Beleidigung der Glogauer Juden durch den Vorwurf des an Pückler begangenen Giftmordversuches für nicht schuldig befunden wurden.

Arbeiterschutz in der Petroleumindustrie. Der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, hat unter Hinweis auf die in Nordamerika beobachteten spezifischen Erkrankungen von Arbeitern in Betrieben zur Gewinnung oder Verarbeitung von Roh-Petroleum die Bundes-Regierungen ersucht, durch Erhebungen in den einzelnen Staatsgebieten feststellen zu lassen: 1. ob, wo und in welcher Anzahl Betriebe zur Gewinnung oder Verarbeitung von Roh-Petroleum bestehen; 2. von welcher Zusammensetzung das dortige Roh-Petroleum ist; 3. wie hoch sich die Zahl der mit dem Roh-Petroleum in Berührung kommenden Arbeiter beläuft; 4. in welcher Weise das Roh-Petroleum gewonnen oder bearbeitet wird; 5. ob Erkrankungen beobachtet sind, die auf die Einwirkungen des Roh-Petroleums zurückzuführen waren; zutreffenden Falls, von welcher Art diese Erkrankungen waren; wie lange sie gedauert und welchen Ausgang sie genommen haben; 6. ob und wo aus Anlaß solcher Erkrankungen besondere Schutzmaßregeln bisher vorgeschrieben worden sind.

Außerdem ist den Bundes-Regierungen anheimgegeben, den Gewerbeaufsichtsbeamten die besondere Beobachtung von Betrieben der bezeichneten Art aufzutragen.

Ausland.

Ein Blaubuch über die Kongostaat-Angelegenheit ist in London veröffentlicht worden. Es umfaßt den Zeitraum vom 21. Januar 1903 bis 12. Februar 1904. In dem Blaubuch ist ein Bericht über den Besuch Lord Cromers in Kiro und Lado enthalten, sowie die Note der Kongoregierung, in welcher diese das am 8. August 1903 von England an die Signatarmächte der Kongoakte abgesandte Rundschreiben beantwortet, ferner der Bericht über den Besuch des britischen Konsuls Casement im inneren Kongogebiet. Dieser Bericht weist darauf hin, daß von den belgischen Beamten große Tatkraft entwickelt werde bei der Einführung ihrer Maßnahmen zu dem Ziele, eines der wildesten Gebiete Afrikas zu beherrschen. Casement erwähnt zunächst, daß der offene Verkauf von Sklaven verschwinde, der früher ein weit verbreitetes Uebel war. Er geht dann zu einer ausführlichen Schilderung der Zwangsarbeit über. Sodann führt er zahlreiche Mißbräuche an, darunter die Inhaftsetzung von Frauen, um ihre Männer zur Arbeit zu zwingen, schildert ferner schwere Fälle von Grausamkeiten und Folterungen durch Eingeborenentruppen, die im Kautschukgebiet als Polizei verwendet werden. Schließlich teilt das Blaubuch eine Denkschrift vom 11. Februar d. J. mit, durch welche das Auswärtige Amt die Note des Kongostaates vom 17. September beantwortete. In der Denkschrift heißt es, der Bericht des Konsuls Casement werde den Signatarmächten der Berliner Kongoakte und dem Parlament vorgelegt werden. Die Mitteilungen Casements über die Verwaltung des Kongo und das bei der Steuereintreibung beobachtete Verfahren bildeten eine ernste Anklage, die keines Kommentares bedürfe. Die britische Regierung sei der Meinung, daß in weiten Gebieten die durch den Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen nicht durchgeführt worden seien. Was den Kongohandel betreffe, so dürfte es angezeigt sein, die Frage dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Rebellische Offiziere und Staatsanwälte in Frankreich. Der Appellationshof von Rennes hatte die Liquidation der Niederlassung einer Kongregation zu Vannes angeordnet. Diese mußte durch die bewaffnete Macht herbeigeführt werden und wurden zu

diesem Zwecke 1500 Mann der Garnison Vannes beordert. Fünf klerikale Offiziere weigerten sich, dem Befehl Folge zu leisten. — Wie die Offiziere, so setzen auch viele der Herren Staatsanwälte der antiklerikalen Politik der Regierung Widerstand entgegen. So mußte der Staatsanwalt von Senlis strafversetzt werden, weil er sich weigerte, pflichtgemäß gegen die renitenten Kongregationen vorzugehen. Die das Ministerium deswegen tadelnde Tagesordnung des Deputierten Andigier ging die Kammer mit 376 gegen 57 zur einfachen Tagesordnung über.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 17. Februar.

Vom neuen Stadthaushalt.

„Wirkliche und vernünftige Sparsamkeit" hat der Magistrat, nach seiner eigenen Versicherung, im Finanzexpose bei der Aufstellung des neuen Gemeinde-Etats geübt, andererseits aber sich bemüht, jede „Scheinsparsamkeit" zu vermeiden. Wenn die dauernden Ausgaben trotzdem um über 900,000 Mark gewachsen seien, so liege das daran, daß die Höhe dieser Ausgaben vom Willen des Magistrats unabhängig seien, da es sich, wie bei der Armenverwaltung und Schulverwaltung, um gesetzliche Verpflichtungen, bei der Sicherheits- und Gesundheitspflege um Maßregeln handelt, deren Unterlassung mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar sei.

Daß die Ausgaben für die hier genannten Zwecke trotz ihrer Vermehrung um 900,000 Mark nun etwa einen irgendwie größeren Teil der Gesamtausgaben der Stadt beanspruchten, wie in den vergangenen Jahren, wird man nicht behaupten, wenn man erfährt, daß für Zwecke der Armen- und Wohlfahrtspflege, für das Bildungs- und Unterrichtswesen und für die Sicherheits- und Gesundheitspflege zusammen im Jahre 1902 57,7 % 1903 56,6 % der gesamten Ausgaben erforderlich waren, während das Etatsjahr 1904 56,9 Prozent der Gesamtausgaben für diese Zwecke vorsieht. Größte Vorsicht in der Schätzung des Etats, größte Vorsicht in der Schätzung unbestimmter Einnahmen und Ausgaben und größte Vorsicht bei allen neuen Unternehmungen hat der Magistrat walten lassen, wie er nacheinander in einem Absatz seines Expose's versichert. Von einer allgemeinen Finanzreform aber will der Magistrat nach seinen weiteren Erklärungen durchaus nichts wissen.

Unsere Finanzverhältnisse seien mit dem Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes 1895 neu geregelt worden und zwar in einer Weise, die sich durchaus bewährte. Die Finanzlage der Stadt ist nach der Meinung des Magistrats zwar ernst, aber „durchaus gesund". Es giebt in Breslau Leute genug, die anderer Meinung sind. Eine Finanzlage, die sich auf eine indirekte Steuer auf ein wichtiges Nahrungsmittel stützt, auf eine Steuer, die reichlich 11 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der Stadt ausmacht, erscheint diesen Skeptikern durchaus nicht „gesund". Und sie halten eine Finanzreform — deren große Schwierigkeiten wohl niemand verkennt — für sehr wünschenswert, ja in Anbetracht des Umstandes, daß die Schlachtsteuer in einigen Jahren fallen muß, für geradezu unumgänglich.

Der Magistrat sieht zu einer Beunruhigung über die städtische Finanzlage um so weniger Veranlassung, als, wie er erklärt, „der knappe Zustand unserer Finanzen durchaus keine Ausnahme ist, sondern zusammenhängt mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstand". Daß es nicht nur uns, sondern auch den anderen schlecht geht, ist allerdings ein recht schlechter Trost. Aber der Magistrat tröstet uns weiter damit, daß die in den letzten Jahren ins Leben getretenen, unsere Finanzlage schwer belastenden neuen Unternehmungen (Oderkanalisierung, Brücken- und Hafenbauten, Grundwasserversorgung, Straßenbahn, Elektrizitätswerke, Grundbesitz-Erweiterung 2c.) zum Teil wenigstens in der Zukunft bessere Erträge geben werden und „mit dem sich bereits leise bemerkbar machenden allgemeinen Aufschwung auch eine Besserung unserer Finanzlage eintreten" werde. Hoffentlich trifft diese Voraussetzung zu, womit allerdings die Notwendigkeit einer Art Finanzreform nicht vermieden werden wird. Als Grundlage einer solchen ist natürlich eine noch schärfere Heranziehung des Grundbesitzes wie der höheren Einkommen zu den kommunalen Lasten ganz unumgänglich. Daß davon sehr viele Leute nicht erfreut sind, begreift sich leicht. Unsere im Stadtparlament privilegierten Grundbesitzer werden dagegen vor allem stets scharf opponieren.

Doch betrachten wir nun noch ein wenig die vom Magistrat geübte „wirkliche und vernünftige Sparsamkeit". Nehmen wir einmal das Unterrichts- und Bildungswesen.

Die Ausgaben sind mit 7,296,000 Mk. um rund 152,600 Mk. höher wie im jetzigen Etatsjahr, betragen trotzdem aber nur 31,8 Proz. der Gesamtausgaben der Stadt gegenüber 32,2 Prozent im gegenwärtigen und 32,5 Prozent im vorgangenen Jahre. Der Zuschuß für das Volksschulwesen ist um 3495 Mk. geringer angesetzt wie in diesem Jahre. Diese Ersparnis, die tatsächlich viel größer ist, weil die stetige Vermehrung der Schülerzahl eine von Etatsjahr zu Etatsjahr steigende Ausgaben-Vermehrung verursachen muß, ist nur dadurch erzielt worden, daß man für den Bau von Schulhäusern nur 300,000 Mk., statt 400,000 Mk. im Vorjahre einstellte, außerdem aber die Klassenvermehrung so einschränkte, daß hierfür nur eine Ausgabeerhöhung um 96,500 Mk. eintrat gegen 210,000 Mk. Steigerung im Vorjahre. Die Sparsamkeit erscheint dem Magistrat, wie er in der Begründung erklärt, selbst „nicht ganz unbedenklich". Uns erscheint sie durchaus verwerflich. Beim Volksschulwesen sollte nicht in einer Weise gespart werden, die zu einer Verschlechterung der Verhältnisse der Volksschule führen muß. Das aber ist der Fall, wenn man nicht die erforderlichen Mittel giebt, um entsprechend der Vermehrung der Zahl der Schüler die Zahl der Klassen und in weiterer Linie die der erforderlichen Schulhäuser zu vermehren.

Während die Zahl der Volksschulklassen von 985 in 1902 auf 1017 in 1903, also um 32 vermehrt wurden, beträgt diese Vermehrung bei 1039 Klassen in 1904 nur 22 Klassen. Die Zahl der Volksschullehrer (inkl. Rektoren) betrug 1902: 726, 1903 747 und 1904 766, die der Lehrerinnen in den gleichen Jahren 282, 295 und 300, die der fest angestellten Handarbeitslehrerinnen 73, 80, 81. Die Durchschnittsziffer der Breslauer Volksschüler wird für das nächste Etatsjahr rund 55,000 betragen. Bei einem Gesamtzuschuß von rund 3 Mill. 950,000 Mark für das Volksschulwesen käme auf den Kopf des Volksschülers also ein städtischer Zuschuß von 71,80 Mk., abgesehen von den (ideellen) Zinsen des Wertes der Schul- und Turngrundstücke. Das ist ganz erheblich weniger, als was die Schüler höherer Bildungsanstalten der Stadt Breslau kosten. So kostete nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats im Jahre 1900 der Schüler einer höheren oder mittleren Schule der Stadt 204 Mark, der Volksschüler 70 Mark pro Jahr. Dabei schwanken die Kosten für die „höheren" Schüler je nach der Bildungsanstalt, der sie angehören. Je höher die Schule, desto höher in der Regel auch die städtischen Kosten für die Schüler derselben. Während 1900 ein Schüler der Knabenmittelschule 129 Mark kostete, betrugen die Kosten für einen Realschüler 220 Mk., für einen Realgymnasiasten 307 Mk. und einen Gymnasiasten 331 Mark. Ein Schüler der im Range unter den Gymnasien stehenden Oberrealschule kostete sogar 394 Mk., die Besucherin des Gymnasialkursus für Mädchen gar 518 Mark.

Man soll sich diese Zahlen merken gegenüber den von bürgerlicher Seite so gern betonten großen materiellen Opfern der Gemeinde für die Bildung der Arbeiterkinder.

* **Wegen Majestätsbeleidigung** verurteilte die Schweidnitzer Strafkammer unseren Parteigenossen den Tischlermeister Hermann Maiwald aus Sorgau zu einem Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung. Wir sind nicht in der Lage zu prüfen, welcher Art die Kundgebung ist, die zu der Verurteilung führte. Auf jeden Fall aber halten wir das Strafmaß für ein derartiges Vergehen für so hoch, daß wir es nicht verstehen würden, wenn nicht wegen Majestätsbeleidigung in Deutschland schon wiederholt so eminent schwere Strafen verhängt wären.

* **Nicht 36 sondern 30 Pfennig-Marken** müssen vom 1. März ab die Maurer für die Invalidenversicherung kleben. Der Druckfehlerteufel hat die beiden Ziffern verwechselt, weshalb wir heute die gestrige Notiz richtig stellen müssen.

Auf zur Gewerbegerichtswahl!

Nur noch bis zum 28. Februar besteht die Möglichkeit, die Eintragung in die Wählerlisten zu bewirken. Versäume deshalb niemand, in den bekannt gegebenen Stellen sich Formulare zu verschaffen.

Dieselben sind u. a. in den Gewerkschafts-Bureaus, im Arbeiter-Sekretariat und in der „Volkswacht"-Expedition zu haben.

Diejenigen Arbeiter, die außerhalb wohnen, aber ständig in Breslau arbeiten, können selbstverständlich ebenfalls in Breslau an der Gewerbegerichtswahl teilnehmen. Auch diese Arbeiter sollten ihre Eintragung in die Wählerlisten nicht versäumen.

* **Der Breslauer Konsumverein.** Mit dem Jahre 1903 hat der Breslauer Konsumverein sein 38. Geschäftsjahr vollendet. Bei Vergleichung der Geschäftsergebnisse mit denen des Vorjahres ist in Betracht zu ziehen, daß verschiedene Massenartikel im Preise niedriger standen als im Jahre 1902. Die finanziellen Verhältnisse haben sich sich weiter gekräftigt, die Mitgliederzahl hat eine Steigerung um 970 erfahren, die Betriebseinrichtungen sind verbessert und erweitert, die Brotfabrik ist auf die bestmöglichste Vollkommenheit gebracht worden und der Ueberschuß aus dem erheblich gestiegenen Warenumsatze gestattet trotz der entstandenen außerordentlichen Kosten und reichlichen Abschreibungen wie im vergangenen Jahre die Leistung einer Rückgewähr an die Vereinsmitglieder von 11 Proz. vom Wertbetrage ihrer Warenbezüge. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Geschäftsjahres **81,378** (gegen 80,408 im Vorjahre). Der Erlös für Waren betrug 13,778,434 Mk. (64,893 Mk. weniger als im Vorjahre). In den vier Monaten vom 1. September, dem Tage der Aufhebung des Zuckersyndikates, bis zum Jahresschlusse wurden 2,698,850 Pfund Zucker verbraucht. Da der Preis im Durchschnitt um 10 Pfg. per Pfund niedriger war als in demselben Zeitraum des Vorjahres, haben die Vereinsmitglieder für dieselbe Menge somit 269 885 Mk. weniger ausgegeben, als im Jahre 1902. Das bedeutet eine monatliche Erlösverminderung von 67 458.75 Mk. Der Artikel Schmalz war in denselben vier Monaten 18 Pfg. per Pfund billiger als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Dies hatte bei dem monatlichen Verbrauch in dem Artikel von 56 000 Pfund für die Vereinsmitglieder eine Minderausgabe von 10 080 Mk. zur Folge. Auch das Brot konnte im Berichtsjahre billiger geliefert werden. Bei der monatlichen Fabrikation von rund 2 588 600 Pfund und dem im Durchschnitt um 0,8 Pfg. niedrigeren Preise erfuhren die Ausgaben für die Brotbeschaffung eine Verminderung von 20 708.80 Mark. Für diese drei Artikel haben somit die Vereinsmitglieder im Monat 98 247.55 Mark weniger ausgegeben als in einem Monat des Vorjahres. Die milde Witterung ferner, welche im Gegensatz zum Vorjahre während der Monate Oktober, November und Dezember herrschte, hat eine Mindereinnahme von Kohlen und Briketts um 79,818.65 Mark herbeigeführt. Noch erfreulicher ist die Zunahme des Verbrauchs in den wichtigen Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen. Auch in anderen, eher entbehrlichen Gegenständen hat die Verminderung der Wirtschaftsausgaben im Verein mit den etwas gebesserten Erwerbsverhältnissen den Verbrauch gesteigert. In Röstkaffees wurden 65,193 Pfd. mehr abgesetzt als im Vorjahre. Die Brotfabrikation stieg im Berichtsjahr um 1,272,750 Pfund. Das in Waren steckende Betriebskapital ist 14 Mal umgesetzt worden. Der Ueberschuß aus dem Warenumsatze betrug Brutto 2,229,428 Mk. (16,19 Prozent des Verkaufserlöses), die gesamten Unkosten und Abschreibungen betrugen 635,269 Mk. (4,61 Proz. des Verkaufserlöses), der Nettoüberschuß beziffert sich somit auf 1,594,168 Mk. (11,58 Proz. des Verkaufserlöses). Von diesem Betrage entfallen auf die Vereinsmitglieder 1,536,439 Mark und zwar als Verzinsung ihrer Guthaben 41,018 Mk. und als 11prozentige Rückgewähr auf den Warenbezug 1,495,412 Mk. Was die Verbesserung und Erweiterung von Betriebseinrichtungen anlangt, so ist der Umgestaltungs- und Erweiterungsbau der Bäckerei im Berichtsjahre vollendet worden. Die bis dahin noch erforderlich gewesene schwere Händearbeit und die bei der Ofenheizung höchst lästige Bildung von Kohlenstaub, Rauch und Ruß sind ausgeschaltet. Der bisher übelständig empfundene Mangel an Licht und gesunder Luft ist beseitigt. Die Bedienung der Knetmaschine ist erheblich erleichtert, ebenso die Zuführung des gekneteten Teiges. Die schwere Arbeit des Kohlenkarrens in die Feuerungsräume hat aufgehört. In diesen wird Heizungsmaterial nicht mehr vorrätig gehalten, sodaß auch die Feuerungsräume mit ihren aus weißglasierten Steinen hergerichteten Wänden und dem aus Mettlacher Fliesen bestehenden Fußboden stets sauber bleiben. Bei der jetzt bestehenden Arbeitsteilung ist ein präzises Ineinandergreifen der verschiedenen Funktionen des Bäckereipersonals gewährleistet. Außerdem sind Reservemaschinen vorhanden. Die große Steigerung der Brotproduktion im Berichtsjahre hatte die sofortige Aufstellung einer weiteren Knetmaschine mit zehn Knettrögen zur Folge. Seit Oktober wird nunmehr mit drei Knetmaschinen und 36 Stahlblechknettrögen gearbeitet. Der Betrieb ist im stande, pünktlich 150 Zentner Teig fertig zu stellen. Es wurden ferner im Berichtsjahre 16 Doppelöfen, deren Heizung noch mit Kohlen erfolgte, mit der König'schen Wassermischgasfeuerung versehen, sodaß zurzeit die Heizung sämtlicher 23 Doppelöfen ohne Rauch und Ruß stattfindet, während es dem Geschäftsjahr 1904 vorbehalten bleibt, das genannte vorzügliche Feuerungssystem auch für die Dampfkesselanlagen einzuführen, sodaß dann die Bäckerei ohne jede Rauchbildung arbeiten wird. Es ist ferner ein Reservestall für kranke Pferde erbaut worden. Die Flaschenwäscherei wurde mit einem neuen Zirkulationskessel, mit mehreren zweckmäßigen Flaschentransportwagen und einer Flaschenreinigungsmaschine neuester Konstruktion ausgestattet. Im Oktober wurden zwei neue Warenlager (Nr. 61 und 62) Gabitzstraße 66 und Leuthenstraße 9 eröffnet und im Warenlager Albrechtsstraße 39 eine Spezialabteilung für Zigarren und Zigaretten etabliert. Der Verein beschäftigt zurzeit neben dem besoldeten Direktionsmitgliede 20 Beamten und drei Kassenboten, 61 dem Kaufmannsstande angehörende Lagerhalter und 4 Lagerhalterinnen. Mit Hilfe von 10 Kommis und 208 Ladenmädchen wird der Verkauf in den Verkaufsstellen besorgt. Endlich sind außer dem gegenwärtig 108 Mann zählenden Kohlenabfuhrpersonal 1 Faktor, 1 Backmeister, 1 Oberbäcker, 1 Packereivorsteherin, 99 Bäckergesellen, 1 Maschinenmeister, 4 Kesselheizer, 1 Stallmeister, 71 Kutscher und Haushälter, 1 Hofwächter und 14 Arbeiterinnen tätig.

* **Eine teure Tasse Kaffee.** An einem schönen Aprilsonntage des vorigen Jahres, an welchem aus Anlaß des Velocipedrennens in Scheitnig ein besonders starker Verkehr herrschte, machte Herr Färber, ein wohlsituierter Kaufmann, einen Spaziergang durch den Scheitniger Park und kehrte im Restaurant Anderisch „zum Birkenwäldchen" ein, um eine Tasse Kaffee mit Kuchen zu genießen. Als das Bestellte vor ihm auf dem Tische stand, bemerkte er, daß der Kaffee kalt war. Er ersuchte daher den Kellner, ihm eine andere Kasse zu bringen, erhielt aber nach wenigen Minuten den Bescheid, der Wirt habe den eben frisch gebrühten Kaffee für warm genug erklärt und weigere sich, ihn zurückzunehmen. „Gut," sagte der Gast, „dann mag der Wirt ihn gefälligst selber trinken"; stand auf und empfahl sich, ohne Kaffee und Kuchen zu berühren. Doch der Wirt und der Kellner drangen energisch auf Bezahlung — und da unter den Gästen bereits Aufsehen entstanden war, erlegte der Kaufmann die verlangten 30 Pfg., verklagte aber den Wirt auf Herausgabe des Geldes für die nicht verzehrten Speisen. In dem Termine vor dem Amtsgericht wurde der Restaurateur Anderisch auch zur Herausgabe der 30 Pfennige verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er jedoch Berufung ein und am Freitag gelangte die Zivilkammer des Landgerichts als 2. Instanz zur Aufhebung des Urteils 1. Instanz und zur kostenpflichtigen Abweisung der Klage. Das Gericht nahm nach der Beweisaufnahme für nicht für hinreichend festgestellt an, daß die Temperatur des Kaffees eine ungenügende gewesen sei, da die bezüglichen Zeugenaussagen zu unbestimmt waren. Wenn aber nicht objektiv habe festgestellt werden können, wie der Kaffee beschaffen gewesen, so habe auch nicht ein Verschen des Wirts festgestellt werden können. Daher unterliege die Klage der Abweisung.

* **Städtischer Arbeitsnachweis.** Frequenz in der Woche vom 8. bis 13. Februar: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 174. Zu besetzende Stellen 69. Besetzte Stellen 54. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 114. Zu besetzende Stellen 142. Besetzte Stellen 118.

* **In dem Entseelten,** der am 13. d. Mts., Vormittags, aus dem Nikolaistadtgraben gelandet worden ist, ist der 29 Jahre alte Schuhmachergeselle Karl Lange von der Berlinerstraße erkannt worden. Der Mann, den Liebeskummer in den Tod getrieben haben dürfte, wurde seit mehreren Monaten vermißt.

* **Unfall.** In der Nacht zum 15. d. Mts. rannte ein Schneider über den Tauentzienplatz und stürzte über den die Anlagen umschließenden Draht. Er erlitt eine schwere Kopfwunde und blieb besinnungslos liegen. Zur Anlegung eines Verbandes wurde er der Unfallstation auf der Karlsstraße zugeführt.

* **Die Feuerwehr** wurde Montag Abend nach Lehmdamm Nr. 13 gerufen, wo ein Quantum Hobelspäne und Holzabschnitte infolge einer schadhaften Stelle in einem Schornstein in Brand geraten waren.

* **Erhängt.** Am 15. d. M. Vormittags hat sich ein 61 Jahre alter Ofenbauer im Keller des Hauses Bohrauerstraße 43 an einer Tür erhängt.

* **Vermißt.** Seit dem 26. September v. J. wird die 16 Jahre alte Arbeiterin Emma Dittmann, Schulgasse 20b, vermißt. Sie ist zuletzt in Begleitung eines jungen Mannes Anfang der zwanziger Jahre gesehen worden, der geäußert haben soll, das Mädchen als Wirtschafterin engagieren zu wollen. Alle Nachforschungen nach dem Mädchen waren bisher ohne Erfolg. Angaben zu seiner Ermittelung sind im Zimmer 11 des Polizeipräsidiums zu machen. Das Mädchen war mit weißgepunkter Bluse, grünschwarzgestreiftem Rock, schwarzen Strümpfen und Gamaschen bekleidet und hatte dunkelblondes Haar.

* **Diebstähle.** Einem Kaufmann wurde aus einem Haus am Ring ein Fahrrad Marke „Wanderer" gestohlen. In der Satteltasche steckte eine Karte auf den Namen Max Hentschel. — Einem Schneidermeister wurde auf der Blücherstraße ein Fahrrad Marke „Triumph-Chic" Nr. 183 gestohlen. — Gestohlen wurden ferner einem Tischlergesellen, der in der Nacht zum 14. d. Mts. vor einem Hause auf der Friedrich Wilhelmstraße eingeschlafen war, eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand und einer Witwe in einem Warenhause ein Portemonnaie, welches einige Mark Geld, eine goldene Damenuhr und zwei Lotterieanteilscheine enthielt.

* **Gestohlen** wurden in der Nacht zum 14. d. Mts. einem Restaurateur auf der Friedrich-Wilhelmstraße aus dem gewaltsam geöffneten Keller sieben Cervelatwürste, eine Speckseite, vier Lachsschinken und ein Preßschinken, einem Fleischermeister aus der Schweineschlachthalle des Schlachthofes ein halbes Schwein, einer Dame von der Brüderstraße vor einem Schaufenster auf dem Ringe ein Portemonnaie mit 13.75 Mark, am 3. d. M. einem Herrn eine silberne Remontoiruhr Nr. 13,683 mit Nickelkette nebst einem an dieser befindlichen Gulden. Die Uhr dürfte von dem Dieb zum Verkauf gebracht worden sein. Der Käufer melde sich umgehend im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums.

* **Mit Beschlag belegt** wurde ein Packet mit Portemonnaieschlössern, welches von einem unbekannten Manne in der Paradiesstraße auf einen Handwagen geworfen worden ist. Der Eigentümer des zweifellos von einem Diebstahl herrührenden Packetes melde sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums. — Mit Beschlag belegt wurde ferner ein falsches Zweimarkstück. Dasselbe trägt das Bildnis Kaiser Wilhelms I, das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1883.

* **Mit Beschlag belegt** wurde eine gelbe Pferdedecke mit roten und blauen Streifen, die während des letzten Viehmarkts gestohlen worden ist. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums.

* **Festgenommen** wurden drei weibliche Personen, die einem Herrn ein Portemonnaie mit über 600 Mk. gestohlen hatten.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 15. d. Mts. 33 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein schwarzes Handtäschchen, eine Brieftasche, eine Pferdedecke, ein Damenring mit blauem Stein, ein Hundehalsband, ein Schlüsselbund und ein Rundreisebillett Breslau—Hannover. — Abhanden kamen: eine silberne Remontoiruhr mit Goldrand, eine Granathaarnadel, eine braune Handtasche, eine graue Boa, ein Ohrring mit einem von Diamanten umgebenen Smaragd, ein schwarzer Straußfederfächer, ein dreireihiges Korallenarmband und ein Portemonnaie mit 2.65 Mk.

* **Bauschlosser-Versammlung.** Am Montag Abend tagte im Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Versammlung der Bauschlosser. Der Referent Kordizke behandelte die hiesigen Lohnverhältnisse und stellte fest, daß noch Stundenlöhne von — sage und schreibe — 17½ Pf. bezahlt werden. Die Lehrlingszüchterei sei im Schwunge. Die Firma Gottwald z. B. hat 4 Schlosser, 2 Schmiede und 26 Lehrlinge. Mittels einer ganzen Reihe von photographischen Aufnahmen der Bauarbeiter-Schutz-Kommission wurden die Gefahren des Berufes geschildert. Eine geregelte Arbeitszeit giebt es nicht. Nach Willkür des einzelnen Meisters wird 12 und 13 Stunden gearbeitet. Redner ersuchte die versammelten Bauschlosser, durch die Hilfe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine geregelte Arbeitszeit und menschenwürdige Löhne zu erringen. Im Anschluß an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag traten 32 neue Mitglieder ein.

Schweidnitz, 17. Februar. Gewerbegerichtswahl. Bei der am 15. Februar stattgefundenen Gewerbegerichtswahl wurde die Liste des Gewerkschaftskartells mit 872 bis 875 gegen 224 bis 226 Stimmen der vereinigten Gegner (Dirsch-Duncker'sche und Christliche) gewählt.

Neiße, 15. Februar. Ein Scheusal. Vor dem hiesigen Schwurgericht stand der Zimmermann August Groß aus Kreiwitz. Derselbe war angeklagt wegen Notzucht. Er hatte diese Tat an seiner 62 Jahre alten Mutter begangen. Groß beging die Untat sogar während sein Vater als Leiche im selben Zimmer stand. Der Angeklagte, welcher bereits sechzehn Mal vorbestraft war, darunter bereits mehrere Male wegen Notzucht mit Zuchthaus, erhielt acht Jahre Zuchthaus.

Ohlau, 14. Februar. Zum Andenken unseres Genossen Karl Meißner. Nicht allen von Euch wird es bekannt sein, daß der hiesige Wahlverein in seiner letzten Versammlung einen Beschluß faßte, welcher dahin geht, dem Begründer der Arbeiter-Bewegung am hiesigen Orte, Genossen Karl Meißner, für seine unvergeßlichen Verdienste, welche sich derselbe während des Sozialistengesetzes um die politische, wie gewerkschaftliche Sache erworben hat, einen Grabdenkstein zu setzen. Karl Meißner, welcher seiner Zeit um unserer großen Sache willen schwere Kämpfe mit den Behörden ausgefochten hat, mußte auch als Kämpfer des Proletariats voll und ganz den Leidenskelch des Lebens leeren. Im besten Mannesalter von 30 Jahren ward er ein Opfer seines Berufs. Er starb, bis zum letzten Atemzuge seiner Ueberzeugung treu am 13. September 1886. Achtzehn Jahre sind bald darüber hingegangen, die Früchte, die sein Agitieren und Werben für unsre große Idee hier am Orte zeitigte, sind zum größten Teil sein Verdienst. Parteigenossen und Freunde unserer Sache, wir wollen auch ihm gegenüber unsere Schuldigkeit tun, und ihm für seine Hingabe für unsere große Sache unseren Dank entgegenbringen, indem wir, die politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Ohlaus, auf sein Grab einen Denkstein setzen. Diesen Beschluß auszuführen, hat sich ein Komitee zur Beschaffung der dazu nötigen Mittel gebildet, welches jedes Vierteljahr Sammellisten herausgiebt, und hoffen wir auf diesem Wege bald zur Erreichung unseres Zieles zu gelangen. Gelder für diesen Zweck nimmt jederzeit an Genosse Rogoll, Steindamm 4. Das Komitee.

Rybnik, 16. Februar. Ein Dynamitattentat wurde am Sonntag Abend gegen 10 Uhr von dem Bergarbeiter Jakob Czychetzky aus Smollna in Gemeinschaft mit den Arbeitern Draga und Sobik von dort verübt. Sie sprengten erst eine Schleuse des Raczinnabaches mittels Dynamit in die Luft. Sodann legten sie eine Dynamitpatrone und eine Zündschnur an das Haus, in welchem der Maschinenmeister Zabel und der Inspektor Schuster wohnen, offenbar in der Absicht, dieses Haus in die Luft zu sprengen. Sie müssen jedoch hierbei gestört worden sein, denn das ungeheuerliche Vorhaben kam nicht zur Ausführung. Die Dynamitpatrone wie die Zündschnur wurden unangebrannt aufgefunden. Allem Anschein nach liegt ein Racheakt vor. Dem Gendarm Heidemann gelang es, die Täter zu verhaften. Die Patronen hatte Czychetzky in der Grube, in der er arbeitete, entwendet.

Neueste Nachrichten.

Vom Kriegsschauplatze.

Aus Tientsin wird berichtet: Die Japaner hätten nunmehr die Landung aller für Korea bestimmten Truppen bewirkt, die auf 100,000 Mann berechnet werden. Sie seien in zwei Linien aufgestellt, die eine südlich vom Jalu, die andere nördlich von Söul.

London, 16. Februar. Das „Reutersche Bureau" meldet über New-York aus Tokio vom 16. d. M.: Flüchtlinge erklären, daß Wladiwostok nicht darauf vorbereitet sei, einem Angriff Widerstand zu leisten. Es seien dort weder Torpedos noch Minen, und zehn Torpedoboote seien vom Eise eingeschlossen. Die Russen führen fort, ihre Truppen nördlich vom Nalufluß zusammenzuziehen, da sie dort den Hauptzusammenstoß mit den Japanern erwarteten und fürchteten, daß versucht werden würde, die Verbindungen mit Port Arthur und Wladiwostok abzuschneiden.

Soziales.

Lohnabzüge für Zuspätkommen sind verboten, wenn sie nicht ausdrücklich in der Fabrikordnung vorgesehen sind. Das Oberlandesgericht Köln hat in diesem Sinne kürzlich entgegen der Ansicht von Schöffengericht und Strafkammer entschieden. § 115 der Gewerbeordnung verlange Barzahlung des Lohnes, wären nun in der Fabrikordnung keine der nach § 134b Absatz 5 zulässigen Strafabzüge vorgesehen, so könne auch der Lohn für Zuspätkommen in keiner Weise gekürzt werden.

Vermischtes.

Die gefährlichen „Schätze". Gar zu ängstliche Tugendwächter muß es unter dem Lehrerpersonal des Fürther Gymnasiums geben. Als verbürgt wird der „Frkf. Ztg." erzählt, daß in einem Lied die Stelle beanstandet worden ist:

Auf lustig grünem Platz
Tanzt jeder mit dem Schatz.

Die schreckliche Entdeckung muß aber erst gemacht worden sein, als das Lied bereits eingeübt war, und man begnügte sich deshalb damit, in den Liederbüchern die Stelle wie folgt zu überkleben:

Auf lustig grünem Grund
Tanzt alles in der Rund!

Das zum Ueberkleben benutzte Papier ist sehr dünn und wenn man das Blatt gegen das Licht hält, liest man deutlich die gefährlichen Worte. Und das ist der Humor davon!

Eine Weckuhr für Blinde und Taubstumme hat ein amerikanischer Erfinder geschaffen, der selbst taubstumm ist. Die Uhr weckt zu einer bestimmten Zeit den Schläfer dadurch auf, daß ein mit ihr verbundener Hebel vermittels eines Strickes an dem Kopfkissen zieht und dies so lange bewegt, bis der Zweck erreicht ist. Gleichzeitig wird ein elektrischer Strom geschlossen und dadurch eine kleine Glühlampe entzündet, die sich auf der Vorderseite eines Parabolspiegels befindet und ihre so verstärkten Strahlen auf das Gesicht des Schläfers sendet. Außerdem kann noch die Auslösung einer Feder bewirkt werden, die einen Hammer zum Niederfallen auf eine kleine Sprengkapsel bringt und so einen lauten Knall veranlaßt, der in einem Zimmer sogar den taubsten Menschen aus dem Schlafe rütteln würde. Man kann wenigstens zugeben, daß bei dieser elektrischen Uhr alles Mögliche geschehen ist, um sogar einem in seiner Sinnesschärfe beeinträchtigten Menschen das zeitige Aufstehen anzugewöhnen.

Litteratur.

Soeben gelangt die zweite Lieferung des epochemachenden enzyklopädischen Werkes **Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens**, herausgegeben von Emanuel Müller-Baden (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57, in 75 Lieferungen à 60 Pf.), das dem Selbststudium und der Erweiterung der Kenntnisse auf allen Gebieten dienen soll, in den Handel. Sie enthält den Anfang der von Dr. Frank Wilson und dem Oxforder Professor J. A. Dale verfaßten methodischen Einführung in den praktischen Gebrauch der englischen Sprache, die von Dr. Heinrich Willgrod herrührende Darstellung der elementaren Arithmetik, in deren erstem Teile das gewöhnliche Rechnen behandelt wird, und den Beginn der Geschichte des Altertums von Dr. Gustav Blumschein und Dr. Barges. Was wir der ersten Lieferung nachrühmen durften, gilt auch von der zweiten. Klar und faßlich setzen die Verfasser, für einen jeden leicht verständlich, in vorzüglicher Methode, ihre Themata auseinander, sodaß hier dem Studierenden das Lernen zu einem wirklichen Genusse wird. Besonders glücklich sind die Verfasser da gewesen, wo es galt, die schwierige Aussprache der englischen Sprache dem Deutschen klar zu machen und diesen zu einer möglichst korrekten Beherrschung des englischen Idioms zu führen. Auch die das Rechnen in den vier Spezies ungemein erleichternden Regeln und der flotte Ton, in dem hier chinesische, indische, ägyptische und israelitische Geschichte in Kürze vorgetragen werden, verdienen die volle Anerkennung des Laien und Fachmannes. Vorzüglich ausgeführte Illustrationen, farbige Beilagen und Reproduktionen nach Kunstwerken verleihen auch dieser neuen Lieferung ganz besonderen Reiz. Voll hohen, praktischen Wertes ist die der Lieferung beigegebene Münzen-Tafel, auch die den Abschnitt Zoologie illustrierende bunte Tier-Tafel ist von vollendeter Ausführung und hoher instruktiver Bedeutung.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 13. Februar.

Heirats-Ankündigungen. III. Arbeiter Fritz Günzel, ev., Herdain, und Anna Kroll, ev., Gertrudenstr. 7. — Böttcher Josef Brockel, kath., Münzstr. 3, und Martha Fulde, ev., Mühlgasse 3. — Bäcker Gustav König, ev., Sternstr. 71, und Pauline Ullrich, ev., Sternstr. 71. — Kunsttischler Otto Wichmann, ev., Tauentzienstr. 39b, und Gertrud Kaiser, kath., Matthiasstr. 10. — Bäcker Richard Sotta, ev., Schmiedebrücke 45, und Auguste Sirowatky, ev., Fiedlerstr. 10. — Schneider Waldemar Pfeffer, kath., Basteigasse 6, und Martha May, kath., Wäldchen 19. — Schlosser Joseph Otte, kath., Matthiasstraße 180, und Martha Irmer, kath., ebendas. — Schlosser Franz Minschke, kath., Weinstr. 11, und Klara Hübner, kath., ebendas. — Kutscher Friedrich Winzig, ev., Gellhornstr. 28, und Anna Kluge, kath., Herzogswalde. — Müller Martin Höhmann, ev., Weinstr. 84, und Ida Beyer, kath., ebendas. — Schriftsetzer Gustav Krueger, ev., Blücherstr. 9, und Martha Kerwe, ev., Blücherstr. 12. — IV. Arbeiter Ernst Galle, ev., Karlsstr. 30, und Agnes Wünsch, ev., Sonnenstraße 33. — Arbeiter Karl Grabolle, ev., Viktoriastr. 83, und Emma Giller, kath., Sadowastr. 86. — Arbeiter Ernst Schulz, kath., Margarethenstr. 13, und Christiane Hajo, ev., Siebenhufenstr. 32. — Rollkutscher Wilhelm Hauf, ev., Moltwitzerstr. 14, und Christiane Fronzek, ev., Sadowastr. 84. — Schneider Christian Rößler, ev., Lessingstr. 12, und Marianna Kowalski, kath., Charlottenstr. 24. — Bäcker Hermann Forster, ev., Hundsfeld, und Meta Seite, ev., Moritzstraße 50.

Eheschließungen. III. Arbeiter Max Wistel, kath., Michaelisstr. 21, mit Johanna Hantke, kath., ebendas. — Hafenarbeiter Paul Hoffmeister, kath., Enderstr. 9, mit Anna Müller, kath., Marienstr. 1c. — Maurer Fritz Titze, ev., Schießwerderstr. 67, mit Anna Schlesinger, ev., Alexanderstr. 17b. — Kutscher Gustav Handtke, ev., Kleine Scheitnigerstr. 35, mit Martha Spottke, kath., Weißenburgerplatz 7. — Arbeiter Reinhold Kriwitz, kath., Adolfstr. 5, mit Elisabeth Jorgs, kath., ebendas. — Former Valentin Hakupczok, kath., Hirschstr. 60, mit Emma Schmidt, ev., ebendas. — Schneider Stephan Schöve, kath., Adolfstr. 5, mit Gertrud Pätzold, ev., Mehlgasse 63. — Bäcker Berthold Killinger, kath., Ohlauerstr. 39, mit Luise Kadler, ev., Kreuzstr. 44. — Schriftsetzer Heinrich Höbel, ev., Neue Matthiasstraße 6, mit Hedwig Rauer, ev., Augustastr. 147. — Maschinist Karl Hübner, ev., Schuhbrücke 61/62, mit Else Hübner, kath., Rosenthalestraße 11b. — IV. Wurstmacher Georg Sliebe, kath., Höfchenstr. 56, mit Pauline Bergander, ev., Schießwerderstr. 23. — Haushälter Wilhelm Bartsch, ev., Viktoriastr. 88, mit Martha Rostalski, ev., Theresienstr. 4.

Geburten. I. Arbeiter Fritz Geiber, ev., S. — Arbeiter Ernst Kochinsky, ev., T. — Eisendreher Paul Guder, kath., T. — Schlosser Karl Berlei, ev., T. — Schuhmacher Karl Schister, ev., T. — Schuhmacher Robert Wuttke, ev., S. — Krahnführer Paulus Grotthaus, kath., Zwillinge, T. u. S. — Fleischer Max Ullrich, kath., S. — Böttcher Max Rossek, ev., S. — Schneider Paul Jole, kath., S. — Tischler Hermann Berger, ev., S. — Haushälter Karl Hoffmann, ev., S. — Arbeiter Paul Madretzke, ev., S. — Arbeiter Johann Nawrot, kath., T. — Arbeiter Ernst Neumann, ev., T. — Schiffsbauer Wilhelm Fauk, ev., S. — Arbeiter Heinrich Reisig, ev., S. — Kutscher Gottlieb Fiebig, ev., S. — Kesselschmied Julius Poser, ev., T. — Klempner Josef Vanierich, kath., T. — Bäcker Josef Tlocz, kath., S. — Tischler August Heimann, kath., T.

Todesfälle. I. Haushältersfrau Johanna Bartsch, geb. Gärtner, 49 J. — Schneider Peter Paul, 56 J. — Oskar, S. des Arbeiters Heinrich Reisig, 1 T. — Max, S. des Arbeiters Paul Karrasch, 8 M. — Arbeiterwitwe Christiane Sorge, geb. Günther, 69 J. — Müllerswitwe Rosina Lindner, geb. Glitzbach, 81 J. — Elfriede, T. des Klempners Gottlieb Wohlfahrt, 3 M. — Tischlersfrau Christiane Kreuzberger, geb. Falkenhayn, 77 J. — Karl, S. des Zimmermanns Karl Kravczyk, 4 M. — Maria, T. des Kutschers Hermann Franz, 1 J. — II. Steinmetzgehilfe Emil Kleiner, 31 J. — Bergmann Franz Langner, 76 J. — Herbert, S. des Böttchergesellen Karl Weißbrich, 1 J. — Friedrich, S. des Arbeiters Richard Mittmann, 1 J. — Schlossergesellenfrau Pauline Nowak, geb. Fischer 44 J. — Tischlergesellenfrau Ida Gensen, geb. Pohl, 39 J. — Eisenbahnarbeiter David Kretschmer, 54 J. — Haushälterswitwe Auguste Seidel, geb. Keiser, 49 J. — Gertrud, T. des Arbeiters Julius Kuhnert, 9 J.

Briefkasten.

F. B., Neustadt. Die Empfehlung des Genossen Sch. können wir im Text nicht bringen, da wir derartige Reklame nicht machen. Wir verweisen deshalb den Genossen Sch. auf unsren Inseratenteil.

Gewerkschaftshaus.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Paul Volkmer, Kleine Fürstenstraße 21.

Mittwoch, den 17. Februar:
Maurer-Versammlung im Saale.
Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer Nr. 1.
Bauarbeiter-Schutzkommission. Zimmer Nr. 6.

Donnerstag, den 18. Februar:
Maler-Verband. Zimmer Nr. 2.
Lehrkursus für Schneider. Zimmer Nr. 3.

Freitag, den 19. Februar:
Holzarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 1.
Gesellenausschüsse. Zimmer Nr. 2.
Lehrkursus der Maurer. Zimmer Nr. 3.

Sonnabend, den 20. Februar:
Maskenball der Metallarbeiter.

Mitteilungen der Bezirksführer 2c.:
Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).
Bezirke 3 und 4. Mittwoch, den 17. Februar: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Versammlungen und Vereine.

Ohlau. Sozialdemokratischer Wahl-Verein Ohlau-Strehlen-Nimptsch. Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof „zum grünen Baum" in Baumgarten. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu begleichen. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Brieg. Männergesangverein „Vorwärts". Jeden Donnerstag: Uebungsstunde.

Striegau. Gesangverein Vorwärts. Jeden Freitag Uebungsstunde. Die Mitglieder werden ersucht, recht vollzählig zu erscheinen, auch werden in jeder Gesangstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Haynau. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr: Singstunde bei Gruner.

Obmann
der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats:
Buchdrucker **Carl Wegner**, Schwertstraße 13.

Stadt-Theater.
Mittwoch: „Mignon".
Donnerstag: „Lohengrin".
Freitag: „Carmen".

Lobe-Theater.
Mittwoch: „Bruder Straubinger".
Donnerstag: „Zapfenstreich".
Freitag: „Zapfenstreich".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Donnerstag, Gruppe G, 6. Vorstell.: „Der neue Stiftsarzt."
Freitag, Gruppe H, 6. Vorstell.: „Der neue Stiftsarzt".

Bunzlau.
Gesang-Verein „Vorwärts"
veranstaltet am Sonnabend, 20. Februar cr. sein diesjähriges 205
Masken-Kränzchen
im Gasthof zur „Stadt Bunzlau" und sind Freunde und Gönner freundlichst eingeladen.
Entree mit Tanz 50 Pf. Damen frei. Anfang 8 Uhr.
Der Vorstand.

Dominikaner.
Täglich die
Bückeburger Bauern.
Alle drei Tage vollständig neues Programm.
Anfang 7½ Uhr. Entree 10 Pf.
Freitag: Gr. Bocklest.

Zeltgarten
Dir. H. Krsinsik.
! Es ist gelungen! Herrn Gérard mit den Löwen zu veranlassen seine Tour nach England auf kurze Zeit zu verschieben.
! Versäumen Sie nicht! das aufregende Schauspiel Herrn Gérard mit seinen
Löwen,
anzusehen, nebst den neu engagierten 234]
10 Attraktionen.
Entree 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
Die Hölle.
Zeltgarten-Tunnel.
Frei-Konzert des Damenorchesters „Donauperlen".

Konzerthaus „Flora".
Dir.: H. Krsinsik.
Täglich:
Münchener Kellerfest
unter Leitung des
Festwirts Wolf.
Anfang 7 Uhr.
Entree frei. 235
Vorm. von 11½—1½ Uhr.

Trauringe!
— breite, moderne Façon —
Paar 8, 15, 25, 36 Mk.
stets auf Lager. 118
Alfred Herzog,
Juwelier, Ohlauerstraße 8.
2. Viertel v. Ringe rechts.

231 **Besseres Logis**
mit guter Kost findet anständiger Herr p. 1. 3. Gräbschnerstr. 33, I.

Reisende [227
auch polnische, sucht für Lebensstellung und hohen Verdienst
Martin Hoffmann, Rawitsch.

Deutsche Friedensgesellschaft
(Ortsgruppe Breslau).
Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr
im gr. Saale des Konzerthauses
Volks-Unterhaltungsabend.
Ansprache 232
des Herrn Justizrat Heilberg:
„Der russisch-japanische Krieg und die Friedensidee."
Mitwirkende: Herr Regisseur Otto Gerlach, Fräulein Weidlich, Fr. Pastor Herting, Herr Dr. Biller, Herr Hugo Markt.
Eintrittskarten à 10 Pfg. (an der Kasse 20 Pfg.), sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Handlungen zu haben.

Trauerhüte in größter Auswahl **A. Rosenthal**
Blücherplatz 5. [176

Volksvorstellung
des sozialdemokratischen Vereins in Breslau.
Sonntag, den 21. Februar 1904
im Thalia-Theater.
Nachmittags-Vorstellung
nur einmalige Aufführung:
Stella und Antonie
von Otto Julius Bierbaum.
Preise der Plätze:
Loge 60 Pf., Parkett 50 Pf., Sperrsitz 40 Pf., II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Galerie 10 Pf.
Billets sind in der Expedition der „Volkswacht" zu haben.

„Der wahre Jakob".
(Faschings-Nummer.)
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: Friedrich Mehrlein; — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": Paul Löbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz; — Druck von Th. Schatta; — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.]

Beilage zu Nr. 40 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 17. Februar 1904.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung. Dienstag, den 16. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Titel **Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis** fortgesetzt.

Abg. **Singer** (Sozialdemokrat):

Wir werden wie bisher für die geforderte Rate stimmen. Bei aller Verschiedenheit der Ansichten war man in der Budgetkommission darüber einig, daß in St. Louis die Sezession nicht genügend berücksichtigt worden ist. Herr Dr. Spahn ist ja gestern für ihre Gleichberechtigung eingetreten, aber das bayerische Zentrum hat 100,000 Mk. für Kunstzwecke, die auch der Sezession zugute gekommen wären, abgelehnt. Herr Dr. Spahn hat gerade „Die Allee“ von Liebermann gepriesen. Aber die Begeisterung der breiten Massen für die Sezession ebenso wie die Abneigung der regierenden Kreise gegen sie ist doch dadurch hervorgerufen, daß sie das Volksleben wahrheitsgemäß darstellt und auch vor der naturalistischen Wiedergabe von Not und Elend nicht zurückschreckt. In den einflußreichen Kreisen will man die Kunst auf die allegorischen Darstellungen beschränken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit Herrn Spahn bedaure ich die Aeußerung des Staatssekretärs, daß die Sezession nicht auf den Weg zur Veredelung der Kunst führe. Ich überlasse solche Urteile berufeneren Kräften; jedenfalls wird dadurch die Entsendung des Herrn Anton von Werner erklärt, und sein Auftrag, die so wie so schon einseitig zusammengesetzte Jury bei der Auswahl der Gemälde für St. Louis zu beraten. — Herr Spahn wird nicht verkennen, daß es sehr schwer sein wird, seine Forderung nach Gleichberechtigung durchzuführen, nachdem man von sehr hoher Stelle die Werke der Sezession „[illegible] Winkelkunst“ bezeichnet hat. (Sehr richtig! links.)

Bei der Kunst giebt es kein Reglementieren und Einexerzieren, hier muß der Phantasie und Begabung freier Spielraum gelassen werden. Es kann für eine Kunst-Ausstellung nicht in Betracht kommen, welches Urteil ein einzelner noch so Hochgestellter über die einzelnen Kunstrichtungen hat, sondern was in Deutschland auf dem Gebiete der Kunst geleistet wird. Wenn man auch nicht mit allem einverstanden zu sein braucht, was in der Denkschrift der Sezessionisten steht, so muß doch den deutschen Künstlern die freie Entfaltung ihrer Kräfte ermöglicht werden. Ausflüsse des persönlichen Regiments beeinflussen die maßgebenden Kreise der Regierung über Gebühr. Wir haben ja häufig von „meinen Künstlern“, „meinen Schauspielern“ gehört. Nach dem klassischen Ausspruch: die ganze Richtung paßt uns nicht, scheint man auch hier verfahren zu sein. Schließlich hat man ja, nachdem die Sezessionisten es abgelehnt hatten, sich an der Jury zu beteiligen, in der sie von vornherein in aussichtsloser Minderheit waren, einige sezessionistische Bilder aus den Galerien auswählen und nach St. Louis schicken lassen. Doch sind diese Bilder natürlich nicht verkäuflich, während doch der Zweck der Ausstellung ist, deutscher Kunst den ausländischen Markt zu eröffnen. Die Gründung des Deutschen Künstlerbundes ist ja unter dem Schutze der Weimarischen Regierung vor sich gegangen, trotz der Reise des Herrn Kultusministers. Preußen hat also auch an diesem Kulturwerk keinen Anteil. Das Fazit der Diskussion kann nur sein, daß wir verlangen, das Mittel, die das Reich zur Förderung der Kunst bewilligt, nicht in einseitiger Weise zu Gunsten einer bestimmten Richtung Verwendung finden. Es muß mit gleichem Maße gemessen werden. Wenn dabei der Einfluß gewisser Persönlichkeiten etwas eingedämmt wird, so wird es nur zum Vorteil der Kunst überhaupt sein. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Henning** (konservativ):

Auch wir sind der Ansicht, daß bei der Berücksichtigung der verschiedenen Kunstrichtungen nicht ganz korrekt verfahren ist. Daß es das Wesen der Sezession sei, das Leben des Volkes zu schildern und daß das Publikum für diese Spezialität besondere Vorliebe habe, darin irrt Herr Singer. Nicht offizielle, aber höfische Kunst giebt es allerdings, ohne die Unterstützung der Könige und Fürsten wären die grandiosen Leistungen der Kunst nie möglich gewesen. (Widerspruch links, Sehr richtig! rechts; Rufe links: Siegesallee.) Ich gebe zu, daß die Siegesallee unter Umständen die Kritik hervorfordert, aber der Plan war doch ein großartiger. — Ein großer Unfug wird mit dem Worte „Sezession“ getrieben. Die Sezession ist nicht aus künstlerischen Gründen entstanden, sondern als Protest gegen das Verfahren, das gegen bestimmte Künstler bei Zulassung von Bildern zu Kunstausstellungen eingeschlagen worden ist. Diese extreme Ansicht mancher Sezessionisten, daß in der Kunst nur die Ausnahme und die Eigenart Wert hat, nicht der Fleiß, die Gesinnung und die Richtung muß zum künstlerischen Nihilismus führen. Möge die Sezession dem Vorbild Alt-Griechenlands folgen und alle häßlichen und deprimierenden Bilder nicht in die Oeffentlichkeit gelangen lassen. Bei einem sezessionistischen Frauenportrait mußte ich an den famosen Witz im Kladderadatsch denken:

„Wanderer steh' und weine,
Dieses ist die Meine,
Ich wollt', es wär' die Deine.“

(Große Heiterkeit rechts.) Die Kunst muß frei sein mit der einzigen Einschränkung „Salus rei publicae suprema lex.“ Die Deutsche Kunstgenossenschaft ist gegründet, um die Einheit der deutschen Kunst zu repräsentieren, ihr gehören unsere wärmsten Sympathien. Unsere besten Wünsche begleiten die Kunstwerke, die nach St. Louis gehen, hoffentlich kaufen die Amerikaner recht viel! (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Niemand kann dem Streit zwischen Künstlerbund und Kunstgenossenschaft kühler gegenüberstehen als ich. Ich habe in der Kommission lediglich ausgeführt, daß ich allerdings von sezessionistischen Künstlern vieles gesehen habe, was entschieden abstoßend wirkte und mindestens ebenso schlimm war wie hohle Konventionsmalerei. Andererseits habe ich betont, daß die hergebrachte Malerei auch manches von der sezessionistischen Auffassung gelernt hat. Darin daß Manet uns gelehrt hat, die Dinge in Licht und Luft schwebend zu sehen, liegt doch wohl nicht das Wesen der Sezession; denn auch die ältere Schule strebt dahin, die Dinge nicht so zu malen wie sie sind, sondern wie sie der Maler sieht. Der charakteristische Unterschied liegt vielmehr darin, daß die Sezession jeder Schulmalerei, jeder bestimmten Richtung fremd ist. Unrichtig ist, daß wir die Sezession von der Beteiligung in St. Louis hätten ausschließen wollen. Früher war es Prinzip, den vorhandenen Raum auf die einzelnen Lokalgenossenschaften nach der Zahl ihrer Mitglieder, gewissermaßen nach der Elle zu verteilen. Das war gewiß verkehrt. Nach meiner Auffassung muß die Güte eines Kunstwerks den Ausschlag geben. (Sehr richtig!) Man hat nun nach Berlin eine Kommission von Künstlern, Kunsthändlern, Kritikern und Kunstliebhabern zusammenberufen. Es stellte sich aber heraus, daß es nicht möglich war, ohne Mitwirkung der bestehenden großen Organisation der Kunstgenossenschaft mit ihren zahlreichen Lokalorganisationen das schwierige Werk der Beschickung der Kunstausstellung in St. Louis zustande zu bringen. Diese wurde daher als Ausführungsorgan gewählt mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die Sezession grundsätzlich nicht ausgeschlossen sein sollte. In der Zentraljury waren die Sezessionisten und die ältere Richtung gleich verteilt. Am 25. Oktober begann der offene Konflikt. Verschiedene Lokalorganisationen lehnten die Beteiligung ab. Es wurde dann bestimmt, daß die überwiegend sezessionistischen Lokaljurys berechtigt sein sollten, fünfzig Prozent der auszustellenden Werke definitiv anzunehmen und nur mit einer Vierfünftel-Majorität sollte die Zentraljury solche Werke ablehnen können. Von einer Majorisierung der Sezession kann also keine Rede sein. Warum wollten sich nun die sezessionistischen Maler nicht dem Urteil der Zentraljury unterwerfen? Graf Keßler betont in einer Broschüre, daß man von der Kunstgenossenschaft keine Entscheidung nach dem Talent erwarten könne. Was aber Kunst ist und was infolgedessen berechtigt ist, ausgestellt zu werden, das ist ja gerade die quaestio facti. Gewiß muß der Kampf zwischen Sezession und älterer Richtung auf freiem Schlachtfelde ausgefochten werden, aber die Ausstellung in St. Louis war dazu nicht der geeignete Ort. Herr Singer ist ja für die Sezession eingetreten, diese steht aber keineswegs etwa auf dem Standpunkt seiner Partei, sie vertritt vielmehr einen extrem individualistischen Standpunkt. In St. Louis war der Sezession ja Gelegenheit gegeben, ihre Eigenart zu zeigen und ihre Talente an den Talenten der anderen Richtung zu messen. Deutschland mußte nach außen hin einheitlich auftreten. Wenn man aber bestimmte Säle nur einer bestimmten Kunstrichtung eingeräumt hätte, würde eine äußerliche Spaltung in die Erscheinung getreten sein. Allerdings herrschen auch unter den verbündeten Regierungen über diese Frage recht verschiedene Auffassungen. Darin aber sind sie einig, daß im letzten Augenblick eine Aenderung nicht mehr vorgenommen werden kann. Die Regierung hat die Sezession nicht ausgeschlossen, die Sezession hat sich selber ausgeschlossen.

Abg. Graf **Oriola** (nationalliberal):

Die Rede des Staatssekretärs hat mich nicht befriedigt. Bei der Beteiligung der deutschen Kunst in St. Louis sind Dinge vorgekommen, die durchaus zu mißbilligen sind. Wenn ich in gewissem Sinne für die Sezession eintrat, so tue ich es aus Gerechtigkeitsgefühl. Die Elendsmalerei erregt bei mir keine besondere Freude und auch die Arbeiter würden sich solche Elendsbilder kaum ins Zimmer hängen. Manche moderne Bilder verraten auch nur eine zügellose Originalitätssucht und wollen nur durch die Frechheit ihrer Technik imponieren. Andererseits aber hat die moderne Bewegung in der Kunst auch Hervorragendes geleistet. Das Parlament kann in Kunstfragen nicht entscheiden. Ueberhaupt kann niemand, und stände er noch so hoch, der Kunst gebieten, bestimmte Wege zu wählen. (Lebhafte Zustimmung links.) Freilich eine Ausnahme muß ich machen. Wo die Kunst nur einer Sinnenlust dient, muß ihr auch die Regierung entgegentreten. (Stürmischer Widerspruch links. Ruf: lex Heinze!) Und auch wo die Kunst dahin strebt, die Autorität zu untergraben (Laute Unterbrechungen bei den Soz.), wo sie dem Volke die Freude am Ideale rauben will, da darf die Regierung nicht fördernd eingreifen. (Erneute Unterbrechungen links.) So gut wie ich für die Freiheit der Wissenschaft bin, so gut bin ich auch für die Freiheit der Kunst. (Lautes Gelächter bei den Soz.) Aber ich bin für eine freie Kunst, nicht für eine freche Kunst, Herr Singer! (Lautes Gelächter bei den Soz.) Die Kunst soll sich frei entwickeln, ohne Bevormundung von Behörden und Akademiedirektoren. Die Regierung aber unterstützt einseitig die ältere Kunst. Als Herr Gamp auf Verfassung unseres Konsuls in Chicago eine Liste hervorragender deutscher Kunstwerke, die sich zu einer Ausstellung in Amerika eigneten, aufgestellt und auch einige Sezessionisten berücksichtigt hatte, teilte ihm das Auswärtige Amt, nach anderer Lesart der preußische Kultusminister, mit, diese Leute müßten gestrichen werden, die paßten nicht! (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Redner führt in längeren Ausführungen den Nachweis, daß die Reichsregierung von ihrer ursprünglichen, in Uebereinstimmung mit den Einzelregierungen liegenden objektiven Haltung abgewichen und durch den Widerspruch der Kunstgenossenschaft mit Herrn von Werner an der Spitze gezwungen worden sei, die ältere Richtung in St. Louis besonders zu begünstigen. Dabei hat die Werner'sche Kunstgenossenschaft auf der Pariser Ausstellung sich als ganz unfähig erwiesen. In Paris sind aus den Verkäufen von Kunstwerken 28,881 Mk. erzielt worden. Die Kunstgenossenschaft allein hat aber 136,000 Mk. für Kosten ausgegeben. Die sezessionistischen Gruppen haben eine Beteiligung in St. Louis abgelehnt, weil sie kein Vertrauen hatten, daß auf einer von der Kunstgenossenschaft geleiteten Ausstellung die moderne Richtung zu ihrem Rechte kommen würde. (Sehr richtig! links.) Die Worpsweder Künstler, die für Paris ganz übergangen wurden, sind erst im letzten Augenblick, als die Sezessionisten abgelehnt hatten, herangezogen worden. Nach dem Grundsatz der Kunstgenossenschaft wären aber in St. Louis nur 1,11 Meter Raum auf uns gefallen. (Große Heiterkeit.) In St. Louis werden wir nur eine Masse alter Bilder haben, und gerade die in Amerika verkäuflichen Bilder der modernen Maler werden fehlen. Weshalb hat der sonst so höfliche Reichskanzler den Vorsitzenden des Künstlerbundes nicht empfangen? (Sehr richtig! links.) Jetzt wird nichts mehr zu machen sein. Sollte aber die Regierung auch künftig nur eine Richtung begünstigen, so werde ich künftig den Zuschuß des Reiches für die Beteiligung deutscher Kunst an ausländischen Ausstellungen ablehnen. (Sehr gut! links.) An der neuen Kunst hängen auch die neuen kunstgewerblichen Bestrebungen in der Möbelindustrie, der Edelsteinverarbeitung 2c. Es handelt sich also um eine Lebensfrage des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Natlib.)

Geheimrat **Richter** verteidigt die deutsche Kunstausstellung in Paris im Jahre 1900.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Freisinnige Volkspartei):

Welchen Umschwung in den Kunstanschauungen innerhalb weniger Jahre zeigt die Rede des Dr. Spahns. Diese Reichstagsdebatte ist eine imposante Kundgebung für die Freiheit der Kunst. (Sehr richtig! links.) Der arme Graf Posadowsky (Heiterkeit) scheint wieder einmal nur den Prügelknaben abzugeben. . . .

Vizepräsident Graf **Stolberg** (unterbrechend): Ich möchte Sie bitten, den Ausdruck Prügelknaben nicht zu gebrauchen! (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fortfahrend): Vielleicht darf ich dann sagen, daß auch in diesem Falle wieder Graf Posadowsky das Opferlamm geworden ist. (Große Heiterkeit.) Auf der vom Reichskanzler zum 4. April v. J. einberufenen Konferenz setzte der Reichskommissar Lehwald auseinander, man beabsichtige eine gewisse Revolutionierung. (Hört, hört! links.) „Nähere Erwägungen“ haben nach dem Grafen Posadowsky die Regierung von diesem Vorhaben abgebracht, aber am 19. August 1903 überbrachte Anton v. Werner von allerhöchster Stelle den bestimmten Befehl, den Beschluß der verbündeten Regierungen aufzuheben. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Alle Angaben des Staatssekretärs über die Vertretung der Sezession in der Zentral-Jury waren falsch. Das ganze Vorgehen ist ebenso für unsere Politik wie für unsere Kultur symptomatisch. Unser cancellarius elegantissimus et amabilis (Stürmische Heiterkeit) lehnt es ab, den Vorsitzenden des Künstlerbundes, den Grafen Kalkreuth, zu empfangen.

Was eine moderne Seeschlacht kostet,

darüber stellt eine englische Zeitschrift folgende Berechnungen an: Während des letzten Krieges zwischen Spanien und Amerika überschüttete die „Brooklyn“ das spanische Schlachtschiff „Biscaya“ mit einem so tötlichen Regen von Geschossen, daß es in wenigen Minuten auf dem Meeresgrunde lag als ein zertrümmerter und zusammengeschossener Wirrwar von Eisenstücken. Im ganzen hatte die „Brooklyn“ 618 Granaten auf die „Biscaya“ abgefeuert; die Rechnung über die Zerstörung stellte sich folgendermaßen: 141 achtzöllige Granaten jede zu 1000 Mark gleich 141,000 Mark; 65 sechszöllige jede zu 420 Mark gleich 27,300 Mark; 12 Sechspfündergranaten jede zu 20 Mark gleich 240 Mark; 400 Einpfündergranaten jede zu 12.50 Mark gleich 5000 Mark. So kostete das Geschützfeuer von fünf Minuten den Vereinigten Staaten 173,540 Mark und während jeder Minute des Kampfes schleuderte die „Brooklyn“ 128 Geschosse auf ihren Feind, die 34,700 Mark kosteten. Wenn man dazu die Kosten der Beantwortung des Feuers seitens der „Biscaya“ rechnet, so sieht man, daß die Schlacht zwischen den beiden Schiffen gegen 60,000 Mark in der Minute gekostet haben kann. Man muß sich dabei erinnern, daß es auf keinem Schiffe möglich sein würde, alle vorhandenen Kanonen gleichzeitig zu benützen, sodaß ein großer Spielraum für noch größere Ausgaben gegeben ist, wenn ein Kriegsgenie in der Lage ist, die Streitkräfte eines Schiffes bis zum Aeußersten auszunützen. Man betrachte einmal eines der erstklassigen englischen Kriegsschiffe, zum Beispiel die „London“, und überschlage die Kosten eines Kampfes von fünf Minuten, unter der Annahme, daß sie alle sechsundvierzig Kanonen die ganze Zeit benützen könnte. Die vier zwölfzölligen Kanonen der „London“ feuern Panzergranatgeschosse, von denen jedes 385 Kilogramm wiegt und zwei in der Minute abgeschossen werden; jedes Geschoß mit seiner Pulverladung von fast 76 Kilogramm kostet 1600 Mark. So würden in einem Kampf von fünf Minuten diese vier zerstörenden Ungeheuer 40 Geschosse auf den Feind schleudern, die etwas mehr als 13 Tonnen wiegen und 64,000 Mark kosten. Jede sechszöllige Kanone, von denen sie zwölf hat, schleudert Granaten von 453½ Kilogramm, die 280 Mark das Stück kosten; in fünf Minuten eines schnellen und unausgesetzten Feuers würden diese Kanonen die feindlichen Schiffe mit einem Wirbel von Geschossen überschütten, die ungefähr 22½ Tonnen wiegen und 137,760 Mark kosten würden. Bis jetzt sind nur 16 von den 46 Kanonen in Betracht gezogen worden. Die „London“ hat 16 Zwölfpfünder; aus den Schlünden dieser Kanonen können in fünf Minuten nicht weniger als 960 Granaten geschleudert werden, die mehr als 9½ Tonnen Metall darstellen und 57.600 Mark kosten. Jeder von den sechs Dreipfündern kann 30 Granaten in einer Minute senden, so daß während eines Kampfes von fünf Minuten sie allein schon Metall für 18,000 Mark Wert auf den Feind feuern würden. Die acht Maximgeschütze würden einen Sturm von tödbringenden Kugeln senden, die mehr als 304 Kilogramm wiegen und 2800 Mark kosten würden. So würde in einem Kampfe von fünf Minuten die „London“, wenn sie alle ihre 46 Kanonen gebrauchen würde, weit mehr als 50 Tonnen Geschosse entsenden und die Kosten aller dieser Geschosse würden mehr als 280,000 Mark betragen. Der Fall ist, wie nicht noch einmal betont zu werden braucht, in Wirklichkeit so nicht möglich; aber die Berechnungen zeigen doch, welche enormen Summen eine moderne Seeschlacht erfordert, auch wenn nicht ein Verlust von Schiffsmaterial damit verbunden ist.

Aus aller Welt.

Die fünf größten Bücher der Welt will die Handelskammer von Los Angeles auf der Weltausstellung in St. Louis zeigen. Diese fünf Bücher wiegen zusammen fünfzig Zentner und sind von verschiedener Größe. Sie enthalten mehr als fünfviertel Millionen Unterschriften aller derjenigen Besucher, die auf den verschiedenen Weltausstellungen seit 1890, an denen die Handelskammer von Los Angeles sich beteiligte, ihre Namen eingetragen haben. Drei dieser Bücher übereinandergelegt überragen die Figur eines großen Mannes.

Der Herr Korporalschaftsführer. Ein Schwindler ersten Ranges ist der Unteroffizier Seidecker der 5. Kompagnie des Garde-Fußartillerieregiments in Spandau, der sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht wegen vielfacher Unterschlagungen, Betrügereien u. s. w. zu verantworten hatte. Er hatte geraume Zeit hindurch alle erdenklichen Mittel angewendet, um die ihm untergebenen Mannschaften zu schädigen. Seine sträfliche Tätigkeit begann er im Herbst v. J. damit, daß er den Rekruten zuredete, sie müßten sich Korporalschaftsbilder anfertigen lassen, was für jeden Mann 2.50 Mark kosten würde. Von einigen Leuten erhielt er den Betrag mit einem Male, die andern Mannschaften, die eigene Mittel nicht besaßen, ließen sich Teilbeträge von der jedesmaligen Löhnung abziehen. Das ganze Geld verbrauchte der Unteroffizier für sich. Auf diese und ähnliche Weise verstand er es, den Mannschaften fortgesetzt Geld zu entlocken; so übergab er einigen Soldaten das Gewehr ohne Mündungsdeckel und Riemen, letztere Gegenstände mußten die Leute ihm abkaufen. Obwohl die Mannschaften bald merkten, daß sie betrogen wurden, wagten sie doch nicht, gegen den Unteroffizier Anzeige zu erstatten, bis vor vierzehn Tagen die Vorgänge zur Kenntnis eines Obergefreiten gelangten, der Meldung davon machte. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Im Spreetunnel verunglückt. Im Tunnel zwischen Treptow und Stralau stürzte in der Sonntag Nacht aus einem elektrischen Straßenbahnwagen der in der Goßlerstraße 18 wohnhafte Schaffner R. Kramer. Als der Zug den Tunnel in der Richtung von Treptow nach Stralau durchfahren hatte, bemerkte man das Fehlen des Schaffners, der sich ganz allein im Wagen befunden hatte. Nach längerem Suchen fand man ihn, als schon der nächste Zug den Tunnel passierte, in einem Winkel liegend mit klaffender Kopfwunde bewußtlos vor. Seine Geldtasche war völlig gerollt und nicht zu öffnen. Man nimmt an, daß Kramer, da er sich allein im Zuge befand, die Tür nicht geschlossen hat und so vielleicht herausgestürzt ist. Jedenfalls hatte er noch so viel Bewußtsein, daß er sich in eine Ecke schleppte, um nicht überfahren zu werden. Der Verunglückte wurde zunächst von einem Arzt verbunden und dann nach seiner Wohnung befördert.

Frühreife Liebe. Wegen eines von den Eltern nicht gebilligten Liebesverhältnisses versuchte, wie der Polizeibericht meldet, die noch die Schule besuchende, 13 Jahre alte Stieftochter des Geschäftsreisenden M. sich zu ertränken. Sie sprang am Heckmann-Ufer in den Landwehrkanal, wurde jedoch gerettet und nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Im Angesicht des Todes. Der Raubmörder Fleischermeister Hubert-Lompönen, welcher den Meierei-Besitzer Zürcher, sowie dessen Ehefrau und Tochter am 25. Mai 1903 ermordete, wurde Dienstag früh hingerichtet. Hubert legte, der „Tilsiter Allg. Ztg.“ zufolge, kurze Zeit vor seinem letzten Gange ein Geständnis ab. Er erklärte, die Tat allein mit Vorbedacht und Ueberlegung ausgeführt zu haben.

Eine Schreckensszene in Warschau. Gelegentlich einer Kundgebung, an der zahlreiche Studenten, sowie eine große Volksmenge teilnahmen, schoß der irrsinnig gewordene Graf Dembsky, der sich in der Wohnung eingeschlossen hatte, vom Balkon auf die Menge, wobei drei Personen getötet und zwanzig verwundet wurden. Erst nachdem es gelungen war, den Grafen selbst durch einen Schuß zu verwunden, konnte er festgenommen werden.

Jugendliche Taugenichtse. Die Kölnische Strafkammer verurteilte, wie gemeldet wird, zwei dreizehnjährige Schüler wegen Straßenraubes zu je drei Monaten Gefängnis. Die Kerle hatten einen anderen Knaben überfallen, geknebelt, nachher ausgeraubt und hilflos liegen lassen.

Eine Schreckensszene im Eisenbahnzug. In dem von Groß-Becskerek nach Geza, Ungarn, fahrenden Personenzug ereignete sich ein schrecklicher Vorfall. Der Kondukteur Rudolf Graffel betrat ein Kupee 3. Klasse, in dem ein walachischer Bauer schlief. Graffel weckte ihn und forderte die Vorweisung seiner Fahrkarte. Der Bauer fing mit dem Kondukteur einen Streit an, in dessen Verlauf er ihm mit einem aus dem Stiefel gezogenen Messer einen Stich in den Oberschenkel versetzte. Dann öffnete er die Kupeetür und stieß den Kondukteur aus dem rollenden Zug auf den Bahnkörper. Reisende, die im Nebenkupee saßen, bemerkten diesen Vorfall und zogen die Notleine, worauf der Zug

Ohlau, 14. Februar. Zum Andenken unseres Genossen Karl Meißner. Nicht allen von Euch wird es bekannt sein, daß der hiesige Wahlverein in seiner letzten Versammlung einen Beschluß faßte, welcher dahin geht, dem Begründer der Arbeiter-Bewegung am hiesigen Orte, Genossen Karl Meißner, für seine unvergeßlichen Verdienste, welche sich derselbe während des Sozialistengesetzes um die politische, wie gewerkschaftliche Sache erworben hat, einen Grabdenkstein zu setzen. Karl Meißner, welcher seiner Zeit um unserer großen Sache willen schwere Kämpfe mit den Behörden ausgefochten hat, mußte auch als Kämpfer des Proletariats voll und ganz den Leidenskelch des Lebens leeren. Im besten Mannesalter von 30 Jahren ward er ein Opfer seines Berufs. Er starb, bis zum letzten Atemzuge seiner Ueberzeugung treu am 13. September 1886. Achtzehn Jahre sind bald darüber hingegangen, die Früchte, die sein Agitieren und Werben für unsre große Idee hier am Orte zeitigte, sind zum größten Teil sein Verdienst. Parteigenossen und Freunde unserer Sache, wir wollen auch ihm gegenüber unsere Schuldigkeit tun, und ihm für seine Hingabe für unsere große Sache unseren Dank entgegenbringen, indem wir, die politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Ohlaus, auf sein Grab einen Denkstein setzen. Diesen Beschluß auszuführen, hat sich ein Komitee zur Beschaffung der dazu nötigen Mittel gebildet, welches jedes Vierteljahr Sammellisten herausgiebt, und hoffen wir auf diesem Wege bald zur Erreichung unseres Zieles zu gelangen. Gelder für diesen Zweck nimmt jederzeit an Genosse Rogoll, Steindamm 4. Das Komitee.

Rybnik, 16. Februar. Ein Dynamitattentat wurde am Sonntag Abend gegen 10 Uhr von dem Bergarbeiter Jakob Czychetzky aus Smollna in Gemeinschaft mit den Arbeitern Draga und Sobik von dort verübt. Sie sprengten erst eine Schleuse des Nacznmabaches mittels Dynamit in die Luft. Sodann legten sie eine Dynamitpatrone und eine Zündschnur an das Haus, in welchem der Maschinenmeister Zabel und der Inspektor Schuster wohnen, offenbar in der Absicht, dieses Haus in die Luft zu sprengen. Sie müssen jedoch hierbei gestört worden sein, denn das ungeheuerliche Vorhaben kam nicht zur Ausführung. Die Dynamitpatrone wie die Zündschnur wurden unangebrannt aufgefunden. Allem Anschein nach liegt ein Racheakt vor. Dem Gendarm Heidemann gelang es, die Täter zu verhaften. Die Patronen hatte Czychetzky in der Grube, in der er arbeitete, entwendet.

Neueste Nachrichten.

Vom Kriegsschauplatze.

Aus Tientsin wird berichtet: Die Japaner hätten nunmehr die Landung aller für Korea bestimmten Truppen bewirkt, die auf 100,000 Mann berechnet werden. Sie seien in zwei Linien aufgestellt, die eine südlich vom Jalu, die andere nördlich von Söul.

London, 16. Februar. Das „Reutersche Bureau" meldet über New-York aus Tokio vom 16. d. M.: Flüchtlinge erklären, daß Wladiwostok nicht darauf vorbereitet sei, einem Angriff Widerstand zu leisten. Es seien dort weder Torpedos noch Minen, und zehn Torpedoboote seien vom Eise eingeschlossen. Die Russen führen fort, ihre Truppen nördlich vom Yalufluß zusammenzuziehen, da sie dort den Hauptzusammenstoß mit den Japanern erwarteten und fürchteten, daß versucht werden würde, die Verbindungen mit Port Arthur und Wladiwostok abzuschneiden.

Soziales.

Lohnabzüge für Zuspätkommen sind verboten, wenn sie nicht ausdrücklich in der Fabrikordnung vorgesehen sind. Das Oberlandesgericht Köln hat in diesem Sinne kürzlich entgegen der Ansicht von Schöffengericht und Strafkammer entschieden. § 115 der Gewerbeordnung verlange Barzahlung des Lohnes, wären nun in der Fabrikordnung keine der nach § 134b Absatz 5 zulässigen Strafabzüge vorgesehen, so könne auch der Lohn für Zuspätkommen in keiner Weise gekürzt werden.

Vermischtes.

Die gefährlichen „Schätze". Gar zu ängstliche Tugendwächter muß es unter dem Lehrerpersonal des Fürther Gymnasiums geben. Als verbürgt wird der „Frkf. Ztg." erzählt, daß in einem Lied die Stelle beanstandet worden ist:

Auf lustig grünem Platz
Tanzt jeder mit dem Schatz.

Die schreckliche Entdeckung muß aber erst gemacht worden sein, als das Lied bereits eingeübt war, und man begnügte sich deshalb damit, in den Liederbüchern die Stelle wie folgt zu überkleben:

Auf lustig grünem Grund
Tanzt alles in der Runde!

Das zum Ueberkleben benutzte Papier ist sehr dünn und wenn man das Blatt gegen das Licht hält, liest man deutlich die gefährlichen Worte. Und das ist der Humor davon!

Eine Weckuhr für Blinde und Taubstumme hat ein amerikanischer Erfinder geschaffen, der selbst taubstumm ist. Die Uhr weckt zu einer bestimmten Zeit den Schläfer dadurch auf, daß ein mit ihr verbundener Hebel vermittels eines Strickes an dem Kopfkissen zieht und dies so lange bewegt, bis der Zweck erreicht ist. Gleichzeitig wird ein elektrischer Strom geschlossen und dadurch eine kleine Glühlampe entzündet, die sich auf der Vorderseite eines Parabolspiegels befindet und ihre so verstärkten Strahlen auf das Gesicht des Schläfers sendet. Außerdem kann noch die Auslösung einer Feder bewirkt werden, die einen Hammer zum Niederfallen auf eine kleine Sprengkapsel bringt und so einen lauten Knall veranlaßt, der in einem Zimmer sogar den taubsten Menschen aus dem Schlafe rütteln würde. Man kann wenigstens zugeben, daß bei dieser elektrischen Uhr alles Mögliche geschehen ist, um sogar einem in seiner Sinnesschärfe beeinträchtigten Menschen das zeitige Aufstehen anzugewöhnen.

Litteratur.

Soeben gelangt die zweite Lieferung des epochemachenden englischen Werkes **Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens**, herausgegeben von Emanuel Müller-Baden (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57, in 75 Lieferungen à 50 Pf.), das dem Selbststudium und der Erweiterung der Kenntnisse auf allen Gebieten dienen soll, in den Handel. Sie enthält den Anfang der von Dr. Frank Wilson und dem Oxforder Professor J. A. Dale verfaßten methodischen Einführung in den praktischen Gebrauch der englischen Sprache, die von Dr. Heinrich Willgrod herrührende Darstellung der elementaren Arithmetik, in deren ersten Teile das gewöhnliche Rechnen behandelt wird, und den Beginn der Geschichte des Altertums von Dr. Gustav Blumschein und Dr. Barges. Was wir der ersten Lieferung nachrühmen durften, gilt auch von der zweiten. Klar und faßlich setzen die Verfasser, für einen jeden leicht verständlich, in vorzüglicher Methode, ihre Themata auseinander, sodaß hier dem Studierenden das Lernen zu einem wirklichen Genusse wird. Besonders glücklich sind die Verfasser da gewesen, wo es galt, die schwierige Aussprache der englischen Sprache dem Deutschen klar zu machen und diesen zu einer möglichst korrekten Beherrschung des englischen Idioms zu führen. Auch die das Rechnen in den vier Spezies ungemein erleichternden Regeln und der flotte Ton, in dem hier chinesische, indische, ägyptische und israelitische Geschichte in Kürze vorgetragen werden, verdienen die volle Anerkennung des Laien und Fachmannes. Vorzüglich ausgeführte Illustrationen, farbige Beilagen und Reproduktionen nach Kunstwerken verleihen auch dieser neuen Lieferung ganz besonderen Reiz. Voll hohen, praktischen Wertes ist die der Lieferung beigegebene Münzen-Tafel, auch die den Abschnitt Zoologie illustrierende bunte Tier-Tafel ist von vollendeter Ausführung und hoher instruktiver Bedeutung.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 13. Februar.

Heirats-Ankündigungen. III. Arbeiter Fritz Glänzel, ev., Herdain, und Anna Kroll, ev., Gertrudenstr. 7. — Böttcher Josef Brockel, kath., Münzstr. 3, und Martha Fulde, ev., Mühlgasse 3. — Bäcker Gustav König, ev., Sternstr. 71, und Pauline Ullrich, ev., Sternstr. 71. — Kunsttischler Otto Wichmann, ev., Tauentzienstr. 39b, und Gertrud Kaiser, kath., Matthiasstr. 10. — Bäcker Richard Sotta, ev., Schmiedebrücke 45, und Auguste Strowatky, ev., Fiedlerstr. 10. — Schneider Waldemar Pfeffer, kath., Basteigasse 6, und Martha May, kath., Wäldchen 19. — Schlosser Joseph Otte, kath., Matthiasstraße 180, und Martha Irmer, kath., ebendas. — Schlosser Franz Minschke, kath., Weinstr. 11, und Klara Hübner, kath., ebendas. — Kutscher Friedrich Winzig, ev., Gellhornstr. 28, und Anna Kluge, kath., Herzogswalde. — Müller Martin Höhmann, ev., Weinstr. 84, und Ida Beyer, kath., ebendas. — Schriftsetzer Gustav Krueger, ev., Büttnerstr. 9, und Martha Kerwe, ev., Blücherstr. 12. — IV. Arbeiter Ernst Galle, ev., Karlsstr. 30, und Agnes Wünsch, ev., Sonnenstraße 33. — Arbeiter Karl Grebolle, ev., Viktoriastr. 83, und Emma Giller, kath., Sadowastr. 86. — Arbeiter Ernst Schulz, kath., Margarethenstr. 13, und Christiane Haja, ev., Siebenhufenstr. 32. — Rollkutscher Wilhelm Hauf, ev., Mollwitzerstr. 14, und Christiane Fronzek, ev., Sadowastr. 84. — Schneider Christian Rößler, ev., Lessingstr. 12, und Marianna Kowalski, kath., Charlottenstr. 24. — Bäcker Hermann Forster, ev., Hundsfeld, und Meta Seite, ev., Moritzstraße 50.

Eheschließungen. III. Arbeiter Max Wistel, kath., Michaelisstr. 21, mit Johanna Hantke, kath., ebendas. — Hafenarbeiter Paul Hoffmeister, kath., Enderstr. 9, mit Anna Müller, kath., Marienstr. 1c. — Maurer Fritz Titze, ev., Schießwerderstr. 67, mit Anna Schlesinger, ev., Alexanderstr. 17b. — Kutscher Gustav Handtke, ev., Kleine Scheitnigerstr. 35, mit Martha Spottke, kath., Weißenburgerplatz 7. — Arbeiter Reinhold Kriwitz, kath., Adolfstr. 5, mit Elisabeth Jorgs, kath., ebendas. — Former Valentin Hakupczok, kath., Hirschstr. 60, mit Emma Schmidt, ev., ebendas. — Schneider Stephan Schöde, kath., Adolfstr. 5, mit Gertrud Päthold, ev., Mehlgasse 63. — Bäcker Berthold Killinger, kath., Ohlauerstr. 39, mit Luise Kadler, ev., Kreuzstr. 44. — Schriftsetzer Heinrich Höbel, ev., Neue Matthiasstraße 6, mit Hedwig Rauer, ev., Augustastr. 147. — Maschinist Karl Hübner, ev., Schuhbrücke 61/62, mit Else Hübner, kath., Rosenthalstraße 11b. — IV. Wurstmacher Georg Stiebe, kath., Höfchenstr. 5, mit Pauline Bergander, ev., Schießwerderstr. 23. — Haushälter Wilhelm Partsch, ev., Viktoriastr. 88, mit Martha Rostalski, ev., Theresenstr. 4.

Geburten. I. Arbeiter Fritz Geiber, ev., S. — Arbeiter Ernst Kochinsky, ev., T. — Eisendreher Paul Guder, kath., T. — Schlosser Karl Berlei, ev., T. — Schuhmacher Karl Schifter, ev., T. — Schuhmacher Robert Wuttke, ev., S. — Krahnführer Paul Grotthaus, kath., Zwillinge, T. u. S. — Fleischer Max Ullrich, kath., S. — Böttcher Max Rosseck, ev., S. — Schneider Paul Jole, kath., S. — Tischler Hermann Berger, ev., S. — Haushälter Karl Hoffmann, ev., S. — Arbeiter Paul Madretzke, ev., S. — Arbeiter Johann Nawrot, kath., T. — Arbeiter Ernst Neumann, ev., T. — Schiffsbauer Wilhelm Fank, ev., S. — Arbeiter Heinrich Neisig, ev., S. — Kutscher Gottlieb Fiebig, ev., S. — Kesselschmied Julius Voser, ev., T. — Klempner Josef Panierich, kath., T. — Bäcker Josef Tkocz, kath., S. — Tischler August Heimann, kath., T.

Todesfälle. I. Haushältersfrau Johanna Partsch, geb. Gärtner, 49 J. — Schneider Peter Paul, 56 J. — Oskar, S. des Arbeiters Heinrich Neisig, 1 T. — Max, S. des Arbeiters Paul Karrasch, 8 M. — Arbeiterwitwe Christiane Sorge, geb. Günther, 69 J. — Müllerswitwe Rosina Lindner, geb. Glitzbach, 81 J. — Elfriede, T. des Klempners Gottlieb Wohlfahrt, 3 M. — Tischlersfrau Christiane Kreuzberger, geb. Falkenhayn, 77 J. — Karl, S. des Zimmermanns Karl Krawczyk, 4 M. — Maria, T. des Kutschers Hermann Franz, 1 J. — II. Steinmetzgehilfe Emil Kleiner, 31 J. — Bergmann Franz Langner, 76 J. — Herbert, S. des Böttchergesellen Karl Weißbrich, 1 J. — Friedrich, S. des Arbeiters Richard Mittmann, 1 J. — Schlossergesellenfrau Pauline Nowak, geb. Fischer, 44 J. — Tischlergesellenfrau Ida Gerzsen, geb. Pohl, 39 J. — Eisenbahnarbeiter David Kreischmer, 54 J. — Haushälterswitwe Auguste Seidel, geb. Keiser, 49 J. — Gertrud, T. des Arbeiters Julius Kuhnert, 9 J.

Briefkasten.

F. B., Neustadt. Die Empfehlung des Genossen Sch. können wir im Text nicht bringen, da wir derartige Reklame nicht machen. Wir verweisen deshalb den Genossen Sch. auf unseren Inseratenteil.

Gewerkschaftshaus.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Paul Volkmer, Kleine Fürstenstraße 21.

Mittwoch, den 17. Februar:
Maurer-Versammlung im Saale.
Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer **Nr. 1.**
Bauarbeiter-Schutzkommission. Zimmer **Nr. 6.**

Donnerstag, den 18. Februar:
Maler-Verband. Zimmer **Nr. 2.**
Lehrkursus für Schneider. Zimmer **Nr. 3.**

Freitag, den 19. Februar:
Holzarbeiter-Verband. Zimmer **Nr. 1.**
Gesellenausschüsse. Zimmer **Nr. 2.**
Lehrkursus der Maurer. Zimmer **Nr. 3.**

Sonnabend, den 20. Februar:
Maskenball der Metallarbeiter.

Mitteilungen der Bezirksführer 2c.:
Distrikt 1 (Gräbschener Vorstadt).
Bezirke 3 und 4. Mittwoch, den 17. Februar Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Versammlungen und Vereine.

Ohlau. **Sozialdemokratischer Wahl-Verein Ohlau-Strehlen-Nimptsch.** Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof „zum grünen Baum" in Baumgarten. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu begleichen. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Brieg. **Männergesangverein „Vorwärts".** Jeden Donnerstag: Uebungsstunde.

Striegau. **Gesangverein Vorwärts.** Jeden Freitag Uebungsstunde. Die Mitglieder werden ersucht, recht vollzählig zu erscheinen, auch werden in jeder Gesangstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Haynau. **Arbeiter-Gesang-Verein.** Jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr: Singstunde bei Gruner.

Obmann
der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats:
Buchdrucker **Carl Wegner**, Schwertstraße 13.

Stadt-Theater.
Mittwoch: „Mignon".
Donnerstag: „Lohengrin".
Freitag: „Carmen".

Lobe-Theater.
Mittwoch: „Bruder Straubinger".
Donnerstag: „Zapfenstreich".
Freitag: „Zapfenstreich".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Donnerstag, Gruppe G, 6. Vorstell.: „Der neue Stiftsarzt".
Freitag, Gruppe H, 6. Vorstell.: „Der neue Stiftsarzt".

Bunzlau.
Gesang-Verein „Vorwärts"
veranstaltet am 205
Sonnabend, 20. Februar cr.
sein diesjähriges
Masken-Kränzchen
im Gasthof zur „Stadt Bunzlau" und sind Freunde und Gönner freundlichst eingeladen.
Entree mit Tanz 50 Pf. Damen frei. Anfang 8 Uhr.
Der Vorstand.

Dominikaner.
Täglich die
Bückeburger Bauern.
Alle drei Tage vollständig neues Programm.
Anfang 7½ Uhr. Entree 10 Pf.
Freitag: Gr. Bockfest.

Zeltgarten
Dir. H. Krsinsik.
! Es ist gelungen! Herrn Gérard mit den Löwen zu veranlassen seine Tour nach England auf kurze Zeit zu verschieben.
! Versäumen Sie nicht! das aufregende Schauspiel Herrn Gérard mit seinen
Löwen.
anzusehen, nebst den neu 234] engagierten
10 Attraktionen.
Entree 30 Pf.
Anfang 7½ Uhr.
Die Hölle.
Zeltgarten-Tunnel.
Frei-Konzert
des Damenorchesters „Donauperlen".

Konzerthaus „Flora".
Dir.: H. Krsinsik.
Täglich:
Münchener Kellerfest
unter Leitung des
Festwirts Wolf.
Anfang 7 Uhr.
Entree frei. 233
Vorm. von 11½—1½ Uhr.

Trauringe!
— breite, moderne Façon —
Paar 8, 15, 25, 36 Mk.
stets auf Lager. 118
Alfred Herzog,
Juwelier, Ohlauerstraße 8,
2. Viertel v. Ringe rechts.

231 **Besseres Logis**
mit guter Kost findet anständiger Herr p. 1. 3. Gräbschnerstr. 33, I.

Reisende [227
auch polnische, sucht für Lebensstellung und hohen Verdienst
Martin Hoffmann, Rawitsch.

Deutsche Friedensgesellschaft
(Ortsgruppe Breslau).
Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr
im gr. Saale des Konzerthauses
Volks-Unterhaltungsabend.
Ansprache 232
des Herrn Justizrat Heilberg:
„Der russisch-japanische Krieg und die Friedensidee."
Mitwirkende: Herr Regisseur Otto Gerlach, Fräulein Weidlich, Fr. Pastor Herting, Herr Dr. Biller, Herr Hugo Markt.
Eintrittskarten à 10 Pfg. (an der Kasse 20 Pfg.), sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Handlungen zu haben.

Trauerhüte in größter Auswahl **A. Rosenthal**
Blücherplatz 5. [176

Volksvorstellung
des sozialdemokratischen Vereins in Breslau.
Sonntag, den 21. Februar 1904
im Thalia-Theater.
Nachmittags-Vorstellung
nur einmalige Aufführung:
Stella und Antonie
von Otto Julius Bierbaum.
Preise der Plätze:
Loge 60 Pf., Parkett 50 Pf., Sperrsitz 40 Pf., II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Galerie 10 Pf.
Billets sind in der Expedition der „Volkswacht" zu haben.

„Der wahre Jakob".
(Faschings-Nummer.)
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: Friedrich Mehrlein; — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": Paul Löbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz; — Druck von Th. Schatzky; — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.]

Beilage zu Nr. 40 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 17. Februar 1904.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung. Dienstag, den 16. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Titel **Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis** fortgesetzt.

Abg. **Singer** (Sozialdemokrat):

Wir werden wie bisher für die geforderte Rate stimmen. Bei aller Verschiedenheit der Ansichten war man in der Budgetkommission darüber einig, daß in St. Louis die Sezession nicht genügend berücksichtigt worden ist. Herr Dr. Spahn ist ja gestern für ihre Gleichberechtigung eingetreten, aber das bayerische Zentrum hat 100,000 Mk. für Kunstzwecke, die auch der Sezession zugute gekommen wären, abgelehnt. Herr Dr. Spahn hat gerade „Die Alten“ von Liebermann gepriesen. Aber die Begeisterung der breiten Massen für die Sezession ebenso wie die Abneigung der regierenden Kreise gegen sie ist doch dadurch hervorgerufen, daß sie das Volksleben wahrheitsgemäß darstellt und auch vor der naturalistischen Wiedergabe von Not und Elend nicht zurückschreckt. In den einflußreichen Kreisen will man die Kunst auf die allegorischen Darstellungen beschränken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit Herrn Spahn bedaure ich die Aeußerung des Staatssekretärs, daß die Sezession nicht auf den Weg zur Veredelung der Kunst führe. Ich überlasse solche Urteile berufeneren Kräften; jedenfalls wird dadurch die Entsendung des Herrn Anton von Werner erklärt, und sein Auftrag, die so wie so schon einseitig zusammengesetzte Jury bei der Auswahl der Gemälde für St. Louis zu beraten. — Herr Spahn wird nicht verkennen, daß es sehr schwer sein wird, seine Forderung nach Gleichberechtigung durchzuführen, nachdem man von sehr hoher Stelle die Werke der Sezession als „Rinnsteinkunst“ bezeichnet hat. (Sehr richtig! links.)

Bei der Kunst giebt es kein Reglementieren und Einexerzieren, hier muß der Phantasie und Begabung freier Spielraum gelassen werden. Es kann für eine Kunst-Ausstellung nicht in Betracht kommen, welches Urteil ein einzelner noch so Hochgestellter über die einzelnen Kunstrichtungen hat, sondern was in Deutschland auf dem Gebiete der Kunst geleistet wird. Wenn man auch nicht mit allem einverstanden zu sein braucht, was in der Denkschrift der Sezessionisten steht, so muß doch den deutschen Künstlern die freie Entfaltung ihrer Kräfte ermöglicht werden. Ausflüsse des persönlichen Regiments beeinflussen die maßgebenden Kreise der Regierung über Gebühr. Wir haben ja häufig von „meinen Künstlern“, „meinen Schauspielern“ gehört. Nach dem klassischen Ausspruch: die ganze Richtung paßt uns nicht, scheint man auch hier verfahren zu sein. Schließlich hat man ja, nachdem die Sezessionisten es abgelehnt hatten, sich an der Jury zu beteiligen, in der sie von vornherein in aussichtsloser Minderheit waren, einige sezessionistische Bilder aus den Galerien auswählen und nach St. Louis schicken lassen. Doch sind diese Bilder natürlich nicht verkäuflich, während doch der Zweck der Ausstellung ist, deutscher Kunst den ausländischen Markt zu eröffnen. Die Gründung des Deutschen Künstlerbundes ist ja unter dem Schutze der Weimarischen Regierung vor sich gegangen, trotz der Reise des Herrn Kultusministers. Preußen hat also auch an diesem Kulturwerk keinen Anteil. Das Fazit der Diskussion kann nur sein, daß wir verlangen, das Mittel, die das Reich zur Förderung der Kunst bewilligt, nicht in einseitiger Weise zu Gunsten einer bestimmten Richtung Verwendung finden. Es muß mit gleichem Maße gemessen werden. Wenn dabei der Einfluß gewisser Persönlichkeiten etwas eingedämmt wird, so wird es nur zum Vorteil der Kunst überhaupt sein. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Henning** (konservativ):

Auch wir sind der Ansicht, daß bei der Berücksichtigung der verschiedenen Kunstrichtungen nicht ganz korrekt verfahren ist. Daß es das Wesen der Sezession sei, das Leben des Volkes zu schildern und daß das Publikum für diese Spezialität besondere Vorliebe habe, darin irrt Herr Singer. Nicht offizielle, aber höfische Kunst giebt es allerdings, ohne die Unterstützung der Könige und Fürsten wären die grandiosen Leistungen der Kunst nie möglich gewesen. (Widerspruch links, Sehr richtig! rechts; Rufe links: Siegesallee.) Ich gebe zu, daß die Siegesallee unter Umständen die Kritik hervorfordert, aber der Plan war doch ein großartiger. — Ein großer Unfug wird mit dem Worte „Sezession“ getrieben. Die Sezession ist nicht aus künstlerischen Gründen entstanden, sondern als Protest gegen das Verfahren, das gegen bestimmte Künstler bei Zulassung von Bildern zu Kunstausstellungen eingeschlagen worden ist. Diese extreme Ansicht mancher Sezessionisten, daß in der Kunst nur die Ausnahme und die Eigenart Wert hat, nicht der Fleiß, die Gesinnung und die Richtung muß zum künstlerischen Nihilismus führen. Möge die Sezession dem Vorbild Alt-Griechenlands folgen und alle häßlichen und deprimierenden Bilder nicht in die Oeffentlichkeit gelangen lassen. Bei einem sezessionistischen Frauenportrait mußte ich an den famosen Witz im Kladderadatsch denken:

„Wanderer steh' und weine,
Dieses ist die Meine,
Ich wollt', es wär' die Deine.“

(Große Heiterkeit rechts.) Die Kunst muß frei sein mit der einzigen Einschränkung „Salus rei publicae suprema lex.“ Die Deutsche Kunstgenossenschaft ist gegründet, um die Einheit der deutschen Kunst zu repräsentieren, ihr gehören unsere wärmsten Sympathien. Unsere besten Wünsche begleiten die Kunstwerke, die nach St. Louis gehen, hoffentlich kaufen die Amerikaner recht viel! (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Niemand kann dem Streit zwischen Künstlerbund und Kunstgenossenschaft kühler gegenüberstehen als ich. Ich habe in der Kommission lediglich ausgeführt, daß ich allerdings von sezessionistischen Künstlern vieles gesehen habe, was entschieden abstoßend wirkte und mindestens ebenso schlimm war wie hohle Konventionsmalerei. Andererseits habe ich betont, daß die hergebrachte Malerei auch manches von der sezessionistischen Auffassung gelernt hat. Darin daß Manet uns gelehrt hat, die Dinge in Licht und Luft schwebend zu sehen, liegt doch wohl nicht das Wesen der Sezession; denn auch die ältere Schule strebt dahin, die Dinge nicht so zu malen wie sie sind, sondern wie sie der Maler sieht. Der charakteristische Unterschied liegt vielmehr darin, daß die Sezession jeder Schulmalerei, jeder bestimmten Richtung fremd ist. Unrichtig ist, daß wir die Sezession von der Beteiligung in St. Louis hätten ausschließen wollen. Früher war es Prinzip, den vorhandenen Raum auf die einzelnen Lokalgenossenschaften nach der Zahl ihrer Mitglieder, gewissermaßen nach der Elle zu verteilen. Das war gewiß verkehrt. Nach meiner Auffassung muß die Güte eines Kunstwerks den Ausschlag geben. (Sehr richtig!) Man hat nun nach Berlin eine Kommission von Künstlern, Kunsthändlern, Kritikern und Kunstliebhabern zusammenberufen. Es stellte sich aber heraus, daß es nicht möglich war, ohne Mitwirkung der bestehenden großen Organisation der Kunstgenossenschaft mit ihren zahlreichen Lokalorganisationen das schwierige Werk der Beschickung der Kunstausstellung in St. Louis zustande zu bringen. Diese wurde daher als Ausführungsorgan gewählt mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die Sezession grundsätzlich nicht ausgeschlossen sein sollte. In der Zentraljury waren die Sezessionisten und die ältere Richtung gleich verteilt. Am 25. Oktober begann der offene Konflikt. Verschiedene Lokalorganisationen lehnten die Beteiligung ab. Es wurde dann bestimmt, daß die überwiegend sezessionistischen Lokaljurys berechtigt sein sollten, fünfzig Prozent der auszustellenden Werke definitiv anzunehmen und nur mit einer Vierfünftel-Majorität sollte die Zentraljury solche Werke ablehnen können. Von einer Majorisierung der Sezession kann also keine Rede sein. Warum wollten sich nun die sezessionistischen Maler nicht dem Urteil der Zentraljury unterwerfen? Graf Keßler betont in einer Broschüre, daß man von der Kunstgenossenschaft keine Entscheidung nach dem Talent erwarten könne. Was aber Kunst ist und was infolgedessen berechtigt ist, ausgestellt zu werden, das ist ja gerade die quaestio facti. Gewiß muß der Kampf zwischen Sezession und älterer Richtung auf freiem Schlachtfelde ausgefochten werden, aber die Ausstellung in St. Louis war dazu nicht der geeignete Ort. Herr Singer ist ja für die Sezession eingetreten, diese steht aber keineswegs etwa auf dem Standpunkt seiner Partei, sie vertritt vielmehr einen extrem individualistischen Standpunkt. In St. Louis war der Sezession ja Gelegenheit gegeben, ihre Eigenart zu zeigen und ihre Talente an den Talenten der anderen Richtung zu messen. Deutschland mußte nach außen hin einheitlich auftreten. Wenn man aber bestimmte Säle nur einer bestimmten Kunstrichtung eingeräumt hätte, würde eine äußerliche Spaltung in die Erscheinung getreten sein. Allerdings herrschen auch unter den verbündeten Regierungen über diese Frage recht verschiedene Auffassungen. Darin aber sind sie einig, daß im letzten Augenblick eine Aenderung nicht mehr vorgenommen werden kann. Die Regierung hat die Sezession nicht ausgeschlossen, die Sezession hat sich selber ausgeschlossen.

Abg. Graf **Oriola** (nationalliberal):

Die Rede des Staatssekretärs hat mich nicht befriedigt. Bei der Beteiligung der deutschen Kunst in St. Louis sind Dinge vorgekommen, die durchaus zu mißbilligen sind. Wenn ich in gewissem Sinne für die Sezession eintrat, so tue ich es aus Gerechtigkeitsgefühl. Die Elendsmalerei erregt bei mir keine besondere Freude und auch die Arbeiter würden sich solche Elendsbilder kaum ins Zimmer hängen. Manche moderne Bilder verraten auch nur eine zügellose Originalitätssucht und wollen nur durch die Frechheit ihrer Technik imponieren. Andererseits aber hat die moderne Bewegung in der Kunst auch Hervorragendes geleistet. Das Parlament kann in Kunstfragen nicht entscheiden. Ueberhaupt kann niemand, und stände er noch so hoch, der Kunst gebieten, bestimmte Wege zu wählen. (Lebhafte Zustimmung links.) Freilich eine Ausnahme muß ich machen. Wo die Kunst nur eitler Sinnenlust dient, muß ihr auch die Regierung entgegentreten. (Stürmischer Widerspruch links. Ruf: lex Heinze!) Und auch wo die Kunst dahin strebt, die Autorität zu untergraben (Laute Unterbrechungen bei den Soz.), wo sie dem Volke die Freude am Ideale rauben will, da darf die Regierung nicht fördernd eingreifen. (Erneute Unterbrechungen links.) So gut wie ich für die Freiheit der Wissenschaft bin, so gut bin ich auch für die Freiheit der Kunst. (Lautes Gelächter bei den Soz.) Aber ich bin für eine freie Kunst, nicht für eine freche Kunst, Herr Singer! (Lautes Gelächter bei den Soz.) Die Kunst soll sich frei entwickeln, ohne Bevormundung von Behörden und Akademiedirektoren. Die Regierung aber unterstützt einseitig die ältere Kunst. Als Herr Gamp auf Veranlassung unseres Konsuls in Chicago eine Liste hervorragender deutscher Kunstwerke, die sich zu einer Ausstellung in Amerika eigneten, aufgestellt und auch einige Sezessionisten berücksichtigt hatte, teilte ihm das Auswärtige Amt, nach anderer Lesart der preußische Kultusminister, mit, diese Leute müßten gestrichen werden, die paßten nicht! (Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Redner führt in längeren Ausführungen den Nachweis, daß die Reichsregierung von ihrer ursprünglichen, in Uebereinstimmung mit den Einzelregierungen liegenden objektiven Haltung abgewichen und durch den Widerspruch der Kunstgenossenschaft mit Herrn von Werner an der Spitze gezwungen worden sei, die ältere Richtung in St. Louis besonders zu begünstigen. Dabei hat die Werner'sche Kunstgenossenschaft auf der Pariser Ausstellung sich als ganz unfähig erwiesen. In Paris sind aus den Verkäufen von Kunstwerken 28,881 Mk. erzielt worden. Die Kunstgenossenschaft allein hat aber 136,000 Mk. für Kosten ausgegeben. Die sezessionistischen Gruppen haben eine Beteiligung in St. Louis abgelehnt, weil sie kein Vertrauen hatten, daß auf einer von der Kunstgenossenschaft geleiteten Ausstellung die moderne Richtung zu ihrem Rechte kommen würde. (Sehr richtig! links.) Die Worpsweder Künstler, die für Paris ganz übergangen wurden, sind erst im letzten Augenblick, als die Sezessionisten abgelehnt hatten, herangezogen worden. Nach dem Grundsatz der Kunstgenossenschaft wären aber in St. Louis nur 1,11 Meter Raum auf uns gefallen. (Große Heiterkeit.) In St. Louis werden wir nur eine Masse alter Bilder haben, und gerade die in Amerika verkäuflichen Bilder der modernen Maler werden fehlen. Weshalb hat der sonst so höfliche Reichskanzler den Vorsitzenden des Künstlerbundes nicht empfangen? (Sehr richtig! links.) Jetzt wird nichts mehr zu machen sein. Sollte aber die Regierung auch künftig nur eine Richtung begünstigen, so werde ich künftig den Zuschuß des Reiches für die Beteiligung deutscher Kunst an ausländischen Ausstellungen ablehnen. (Sehr gut! links.) An der neuen Kunst hängen auch die neuen kunstgewerblichen Bestrebungen in der Möbelindustrie, der Edelsteinverarbeitung ꝛc. Es handelt sich also um eine Lebensfrage des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Natlib.)

Geheimrat **Richter** verteidigt die deutsche Kunstausstellung in Paris im Jahre 1900.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Freisinnige Volkspartei):

Welchen Umschwung in den Kunstanschauungen innerhalb weniger Jahre zeigt die Rede des Dr. Spahns. Diese Reichstagsdebatte ist eine imposante Kundgebung für die Freiheit der Kunst. (Sehr richtig! links.) Der arme Graf Posadowsky (Heiterkeit) scheint wieder einmal nur den Prügelknaben abzugeben....

Vizepräsident Graf **Stolberg** (unterbrechend): Ich möchte Sie bitten, den Ausdruck Prügelknaben nicht zu gebrauchen! (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fortfahrend): Vielleicht darf ich dann sagen, daß auch in diesem Falle wieder Graf Posadowsky das Opferlamm geworden ist. (Große Heiterkeit.) Auf der vom Reichskanzler zum 4. April v. J. einberufenen Konferenz setzte der Reichskommissar Lehwald auseinander, man beabsichtige eine gewisse Revolutionierung. (Hört, hört! links.) „Nähere Erwägungen“ haben nach dem Grafen Posadowsky die Regierung von diesem Vorhaben abgebracht, aber am 19. August 1903 überbrachte Anton v. Werner von allerhöchster Stelle den bestimmten Befehl, den Beschluß der verbündeten Regierungen aufzuheben. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Alle Angaben des Staatssekretärs über die Vertretung der Sezession in der Zentral-Jury waren falsch. Das ganze Vorgehen ist ebenso für unsere Politik wie für unsere Kultur symptomatisch. Unser cancellarius elegantissimus et amabilis (Stürmische Heiterkeit) lehnt es ab, den Vorsitzenden des Künstlerbundes, den Grafen Kalkreuth, zu empfangen.

Was eine moderne Seeschlacht kostet,

darüber stellt eine englische Zeitschrift folgende Berechnungen an: Während des letzten Krieges zwischen Spanien und Amerika überschüttete die „Brooklyn“ das spanische Schlachtschiff „Biscaya“ mit einem so tötlichen Regen von Geschossen, daß es in wenigen Minuten auf dem Meeresgrunde lag als ein zertrümmerter und zusammengeschossener Wirrwar von Eisenstücken. Im ganzen hatte die „Brooklyn“ 618 Granaten auf die „Biscaya“ abgefeuert; die Rechnung über die Zerstörung stellte sich folgendermaßen: 141 achtzöllige Granaten jede zu 1000 Mark gleich 141,000 Mark; 65 sechszöllige jede zu 420 Mark gleich 27,300 Mark; 12 Sechspfündergranaten jede zu 20 Mark gleich 240 Mark; 400 Einpfündergranaten jede zu 12.50 Mark gleich 5000 Mark. So kostete das Geschützfeuer von fünf Minuten den Vereinigten Staaten 173,540 Mark und während jeder Minute des Kampfes schleuderte die „Brooklyn“ 123 Geschosse auf ihren Feind, die 34,700 Mark kosteten. Wenn man dazu die Kosten der Beantwortung des Feuers seitens der „Biscaya“ rechnet, so sieht man, daß die Schlacht zwischen den beiden Schiffen gegen 60,000 Mark in der Minute gekostet haben kann. Man muß sich dabei erinnern, daß es auf keinem Schiffe möglich sein würde, alle vorhandenen Kanonen gleichzeitig zu benützen, sodaß ein großer Spielraum für noch größere Ausgaben gegeben ist, wenn ein Kriegsgenie in der Lage ist, die Streitkräfte eines Schiffes bis zum Aeußersten auszunützen. Man betrachte einmal eines der erstklassigen englischen Kriegsschiffe, zum Beispiel die „London“, und überschlage die Kosten eines Kampfes von fünf Minuten, unter der Annahme, daß sie alle sechsundvierzig Kanonen die ganze Zeit benützen könnte. Die vier zwölfzölligen Kanonen der „London“ feuern Panzergranatgeschosse, von denen jedes 385 Kilogramm wiegt und zwei in der Minute abgeschossen werden; jedes Geschoß mit seiner Pulverladung von fast 76 Kilogramm kostet 1600 Mark. So würden in einem Kampf von fünf Minuten diese vier zerstörenden Ungeheuer 40 Geschosse auf den Feind schleudern, die etwas mehr als 18 Tonnen wiegen und 64,000 Mark kosten. Jede sechszöllige Kanone, von denen sie zwölf hat, schleudert Granaten von 45$^{1}/_{3}$ Kilogramm, die 280 Mark das Stück kosten; in fünf Minuten eines schnellen und unausgesetzten Feuers würden diese Kanonen die feindlichen Schiffe mit einem Wirbel von Geschossen überschütten, die ungefähr 22$^{1}/_{2}$ Tonnen wiegen und 137,760 Mark kosten würden. Bis jetzt sind nur 16 von den 46 Kanonen in Betracht gezogen worden. Die „London“ hat 16 Zwölfpfünder; aus den Schlünden dieser Kanonen können in fünf Minuten nicht weniger als 960 Granaten geschleudert werden, die mehr als 9$^{1}/_{2}$ Tonnen Metall darstellen und 57.600 Mark kosten. Jeder von den sechs Dreipfündern kann 30 Granaten in einer Minute senden, so daß während eines Kampfes von fünf Minuten sie allein schon Metall für 18,000 Mark Wert auf den Feind feuern würden. Die acht Marinegeschütze würden einen Sturm von todbringenden Kugeln senden, die mehr als 304 Kilogramm wiegen und 2800 Mark kosten würden. So würde in einem Kampfe von fünf Minuten die „London“, wenn sie alle ihre 46 Kanonen gebrauchen würde, weit mehr als 50 Tonnen Geschosse entsenden und die Kosten aller dieser Geschosse würden mehr als 280,000 Mark betragen. Der Fall ist, wie nicht noch einmal betont zu werden braucht, in Wirklichkeit so nicht möglich; aber die Berechnungen zeigen doch, welche enormen Summen eine moderne Seeschlacht erfordert, auch wenn nicht ein Verlust von Schiffsmaterial damit verbunden ist.

Aus aller Welt.

Die fünf größten Bücher der Welt will die Handelskammer von Los Angeles auf der Weltausstellung in St. Louis zeigen. Diese fünf Bücher wiegen zusammen fünfzig Zentner und sind von verschiedener Größe. Sie enthalten mehr als fünfviertel Millionen Unterschriften aller derjenigen Besucher, die auf den verschiedenen Weltausstellungen seit 1890, an denen die Handelskammer von Los Angeles sich beteiligte, ihre Namen eingetragen haben. Drei dieser Bücher übereinandergelegt überragen die Figur eines großen Mannes.

Der Herr Korporalschaftsführer. Ein Schwindler ersten Ranges ist der Unteroffizier Selbecker der 5. Kompagnie des Garde-Fußartillerieregiments in Spandau, der sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht wegen vielfacher Unterschlagungen, Betrügereien u. s. w. zu verantworten hatte. Er hatte geraume Zeit hindurch alle erdenklichen Mittel angewendet, um die ihm untergebenen Mannschaften zu schädigen. Seine sträfliche Tätigkeit begann er im Herbst v. J. damit, daß er den Rekruten zuredete, sie müßten sich Korporalschaftsbilder anfertigen lassen, was für jeden Mann 2.50 Mark kosten würde. Von einigen Leuten erhielt er den Betrag mit einem Male, die andern Mannschaften, die eigene Mittel nicht besaßen, ließen sich Teilbeträge von der jedesmaligen Löhnung abziehen. Das ganze Geld verbrauchte der Unteroffizier für sich. Auf diese und ähnliche Weise verstand er es, den Mannschaften fortgesetzt Geld zu entlocken; so übergab er einigen Soldaten das Gewehr ohne Mündungsdeckel und Riemen, letztere Gegenstände mußten die Leute ihm abkaufen. Obwohl die Mannschaften bald merkten, daß sie betrogen wurden, wagten sie doch nicht, gegen den Unteroffizier Anzeige zu erstatten, bis vor vierzehn Tagen die Vorgänge zur Kenntnis eines Obergefreiten gelangten, der Meldung davon machte. Der Angeklagte wurde zu neun Monaten Gefängnis, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Im Spreetunnel verunglückt. Im Tunnel zwischen Treptow und Stralau stürzte in der Sonntag Nacht aus einem elektrischen Straßenbahnwagen der in der Goßlerstraße 18 wohnhafte Schaffner R. Kramer. Als der Zug den Tunnel in der Richtung von Treptow nach Stralau durchfahren hatte, bemerkte man das Fehlen des Schaffners, der sich ganz allein im Wagen befunden hatte. Nach längerem Suchen fand man ihn, als schon der nächste Zug den Tunnel passierte, in einem Winkel liegend mit klaffender Kopfwunde bewußtlos vor. Seine Geldtasche war völlig gerollt und nicht zu öffnen. Man nimmt an, daß Kramer, da er sich allein im Zuge befand, die Tür nicht geschlossen hat und so vielleicht herausgestürzt ist. Jedenfalls hatte er noch so viel Bewußtsein, daß er sich in eine Ecke schleppte, um nicht überfahren zu werden. Der Verunglückte wurde zunächst von einem Arzt verbunden und dann nach seiner Wohnung befördert.

Frühreife Liebe. Wegen eines von den Eltern nicht gebilligten Liebesverhältnisses versuchte, wie der Polizeibericht meldet, die noch die Schule besuchende, 18 Jahre alte Stieftochter des Geschäftsreisenden M. sich zu ertränken. Sie sprang am Heckmann-Ufer in den Landwehrkanal, wurde jedoch gerettet und nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Im Angesicht des Todes. Der Raubmörder Fleischermeister Hubert-Lompönen, welcher den Meiereibesitzer Zürcher, sowie dessen Ehefrau und Tochter am 25. Mai 1903 ermordete, wurde Dienstag früh hingerichtet. Hubert legte, der „Tilsiter Allg. Ztg.“ zufolge, kurze Zeit vor seinem letzten Gange ein Geständnis ab. Er erklärte, die Tat allein mit Vorbedacht und Ueberlegung ausgeführt zu haben.

Eine Schreckensszene in Warschau. Gelegentlich einer Kundgebung, an der zahlreiche Studenten, sowie eine große Volksmenge teilnahmen, schoß der irrsinnig gewordene Graf Dembsky, der sich in der Wohnung eingeschlossen hatte, vom Balkon auf die Menge, wobei drei Personen getötet und zwanzig verwundet wurden. Erst nachdem es gelungen war, den Grafen selbst durch einen Schuß zu verwunden, konnte er festgenommen werden.

Jugendliche Taugenichtse. Die Kölnische Strafkammer verurteilte, wie gemeldet wird, zwei dreizehnjährige Schüler wegen Straßenraubes zu je drei Monaten Gefängnis. Die Kerle hatten einen anderen Knaben überfallen, geknebelt, nachher ausgeraubt und hilflos liegen lassen.

Eine Schreckensszene im Eisenbahnzug. In dem von Groß-Beeskerek nach Csza, Ungarn, fahrenden Personenzug ereignete sich ein schrecklicher Vorfall. Der Kondukteur Rudolf Graffel betrat ein Koupé 3. Klasse, in dem ein walachischer Bauer schlief. Graffel weckte ihn und forderte die Vorweisung seiner Fahrkarte. Der Bauer fing mit dem Kondukteur einen Streit an, in dessen Verlauf er ihm mit einem aus dem Stiefel gezogenen Messer einen Stich in den Oberschenkel versetzte. Dann öffnete er die Koupétür und stieß den Kondukteur aus dem rollenden Zug auf den Bahnkörper. Reisende, die im Nebenkoupé saßen, bemerkten diesen Vorfall und zogen die Notleine, worauf der Zug

Graf Posadowsky verweist ihn an Anton v. Werner, den Urheber der ganzen Schwierigkeiten. Das alles ist ein Zeichen der altföderativen Kabinettspolitik und der autokratischen Neigungen in Berlin. (Sehr richtig! links.) Da entsteht nicht Reichsverdrossenheit, die giebt's überhaupt nur noch in den allerschwärzesten Gegenden — (Heiterkeit links. Oho! im Ztr.) ich meine „schwarz" ja nur in Bezug auf die Intelligenz — (Stürmische Heiterkeit) sondern eine Verdrossenheit über die absolutistischen Neigungen. Noch nie hat eine Rede aus höchstem Munde, so viel Widerspruch hervorgerufen, wie die: „Eine Kunst, die sich über die von mir gezogenen Grenzen hinwegsetzt, ist keine Kunst." Hier müssen wir nun energisch vorgehen, wenn wir nicht den Eindruck bloßer Schaumschlägerei hervorrufen wollen. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Wollen Sie Thoma, Laibl, Klinger, Stuck (Lachen im Zentrum.) — Stuck bleibt doch ein großer Künstler! Sie (zum Zentrum) dürfen nicht lachen, wenn Sie nicht als gräßliche Kunstbanausen gelten wollen (Heiterkeit), außerhalb des Hauses natürlich. (Heiterkeit.) Erst die moderne Kunst hat uns sehen gelernt. In Preußen aber ist man auf dem Wege zu einer Hofästhetik, für die das Wort gelten soll: Sic volo, sic jubeo! (So will ich's, so befehle ich's.) Hofschranzen und byzantinische Schmeichler versäumen es, auf die Gefahr einer solchen Kabinettskunst hinzuweisen. (Sehr richtig! links.) Diese Hofästhetik hat bisher nur Mißerfolge gezeigt. Wir haben ja die Monumente in der Nähe. (Heiterkeit.) Vielen ist der Marmorsteinbruch vor dem Brandenburger Tor (große Heiterkeit) überhaupt künstlerisch undiskutierbar. Es tut einem in der Seele weh, zu sehen, wie hier Kaiser Friedrich in hobler Dekorationsmanier dargestellt ist.

Die Ausstellung in St. Louis hätte die erste Gelegenheit geboten, den Amerikanern unsere junge deutsche Kunst zu zeigen. (Sehr richtig! links.) Ueber unsere Kunstblamage freuen sich die Engländer, Franzosen und Belgier schon jetzt wie die Schneekönige. (Heiterkeit.) Ich bedaure die Regierungsvertreter, die solche Kunstpolitik vor dem Hause vertreten müssen. Ueber die Kunst kann kein Einzelner entscheiden, und wäre er noch so hoch gestellt. In der Kunst ist am allerwenigsten Platz für Unfehlbarkeit. Die Kultur- und Kunstgeschichte hat gezeigt, daß die Kunst selbst über Könige und Kaiser, die sie treffen wollten, zur Tagesordnung übergeht. (Lebh. Beifall! links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Eine Kunstpolitik habe ich überhaupt hier nicht zu vertreten. Kunstangelegenheiten gehören nicht zur Zuständigkeit der verbündeten Regierungen. Ich bestreite nochmals, daß die Sezession durch die Regierung verhindert worden wäre, sich in St. Louis zu beteiligen. Aber eigene Räume und eigene Jury konnten wir ihr nicht zugestehen. Dem Monarchen wird man seine eigene Meinung auch in künstlerischen Dingen nicht verwehren dürfen. Eine staatsrechtlichbedenkliche Art einer solchen Meinungsäußerung ist in keiner Weise erfolgt.

Abg. **v. Kardorff** (Reichspartei):

Das Vorgehen der Regierung ist von den Parteien aller Richtungen mit Recht aufs äußerste bedauert worden. Die Erwägungen, die sich plötzlich bei der Regierung einstellen, werden wohl eine höhere Macht gewesen sein. Eines Tages lud mich Herr Krupp ein, einen von ihm gekauften Leistikow zu besichtigen. Jetzt darf ein preußischer Galeriedirektor eine Leistikow'sche Winterlandschaft nicht kaufen, weil er auch zur Sezession gehört. (Hört, hört! und Heiterkeit links.) Der preußische Einfluß greift auch auf das Reich über. Auch kleine Verstimmungen haben, wie schon Fürst Bismarck gesagt hat, manchmal recht unliebsame Konsequenzen. (Sehr richtig! b. d. Natl.) Die Budgetkommission ist falsch unterrichtet worden; man hatte ihr gesagt, daß auch die Sezession der Regierung zugestimmt hätte. In Deutschland, das doch ein föderativer Bundesstaat ist, kann der Geschmack eines Einzelnen nicht so maßgebend sein. Selbst der geniale Friedrich der Große stellte Shakespeare weit unter Voltaire. Wenn ich die Leistungen der herrschenden Kunst in Berlin betrachte, habe ich doch ein etwas ängstliches Gefühl (große Heiterkeit links); die Siegesallee bis zum Roland herunter, ja, ich weiß nicht — — (Stürmische Heiterkeit.) Herrn Henning kann ich weder zugeben, daß die Kunst nach Geld geht, noch daß sie nicht unbeschränkt individuell sein dürfte. Im Gegenteil, sie darf weder um die Gunst des großen Haufens, noch um die der Mächtigen der Erde buhlen. Alle großen Dichter und Komponisten haben gedichtet und komponiert, wie es in ihrem Herzen lebte; sie mußten so dichten, so komponieren. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß es dem deutschen Reich nie an Malern fehlen wird, welche sich durch ihren innern Trieb allein beherrschen lassen, ebenso wenig wie an Politikern. Wünschen wir, daß es in der Politik und Kunst so gehen möge, dann wird es Deutschland gut gehen. Druck erzeugt Gegendruck, und durch ihre Ausschließung von St. Louis wird die Sezession nur zu kräftigerem Schaffen veranlaßt werden. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Abg. **Dove** (freisinnige Volkspartei):

Auf der Seite des Künstlerbundes stehen alle, die etwas können, auf der anderen Seite nur die Mittelmäßigkeit. Tendenzmalerei ist auf beiden Seiten vorhanden, doch finde ich mehr künstlerischen Sinn bei den Malern, die die Autorität untergraben sollen als bei denen, die sie zu stützen suchen. — In der Kunst bin ich Aristokrat. Aber die Kunstgenossenschaft ist auch nicht etwa demokratisch, wie Graf Posadowsky meinte, sondern es herrscht dort der Cäsarismus, der sich ein demokratisches Mäntelchen umgehängt hat. (Bravo! links.)

Abg. **Hirsch** (Zentrum):

Wir sind keine Freunde der Sezession, sondern treten aus Gerechtigkeitsgefühl für sie ein. Die Ausführungen des Redners bleiben im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. **Südekum** (Sozialdemokrat):

Die Uebereinstimmung, welche bei allen Parteien herrscht, bezieht sich lediglich auf die Mißbilligung der Handlungsweise der Regierung, sonst bestehen recht viele Unterschiede. Graf Oriola forderte auch die Freiheit der Kunst, wollte aber die Freiheit der Technik, der Tendenz und des Objekts beschränkt wissen. Das erinnert an die berühmte Preßfreiheit mit dem Galgen daneben. Die Ausstellung der deutschen Kunst auf der Weltausstellung in Paris war eine Blamage. Das hat Otto Eckmann, ein preußischer Professor und trotzdem ein genialer Mensch (Große Heiterkeit), der in Paris selbst dekoriert wurde, ebenfalls anerkannt. Die Ausstellung der Sezession in St. Louis soll Anton von Werner vereitelt haben. Herr von Werner ist doch aber nur der Donnerkeil, der aus den Händen des Zeus geschleudert wird. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Darin liegt die allgemeine Bedeutung des Vorganges. In dieser Behandlung der einen Richtung der Künstler zeigt sich der Mangel an Respekt vor geistigem Schaffen. Es giebt bei uns gewisse Leute, die ein förmliches Verlangen danach tragen, durch laienhafte Urteile sich zu blamieren. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Es giebt byzantinische Künstler und solche, die es nicht sind und dafür bestraft werden sollen. Dabei kommt es den selbstherrlichen Gelüsten gar nicht darauf an, die Regierungen der Einzelstaaten vor den Kopf zu stoßen. Wenn Graf Posadowsky die Kunstgenossenschaft als besonders demokratisch verteidigt hat, so sage ich, wir danken für eine Kunstrepublik mit Wilhelm II. an der Spitze. (Lebh. Bravo! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie haben kein Recht, die Person seiner Majestät des Kaisers hier in die Debatte zu ziehen, da es sich nicht um amtliche bestätigte Kundgebungen seiner Majestät handelt.

Abg. Dr. **Südekum** (fortfahrend). Dann will ich sagen: Wir danken für eine Kunstrepublik mit Anton v. Werner an der Spitze. (Große Heiterkeit und lebhaftes Bravo! links.)

Weimarischer Bevollmächtigter Geh. Rat Dr. **Paulsen** erklärt, daß der Besuch des preußischen Kultusministers am weimarischen Hof mit Fragen der Kunst nichts zu tun hatte.

Ministerialdirektor Dr. **Richter**: Das Urteil des verstorbenen Herrn Otto Eckmann, gegen den ich nichts sagen will, entsprang persönlicher Mißstimmung. Ich werde zahlreiche französische Stimmen, die sich sehr lobend über das Ergebnis der deutschen Kunstausstellung in Paris ausgesprochen haben, in der Uebersetzung demnächst dem Hause zugänglich machen.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bestreitet

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.), seine Meinung über Kunstfragen geändert zu haben.

Die Titel werden hierauf bewilligt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (8. Lesung der Novelle zur Reichsschuldenordnung; Rest des Etats des Reichsamts des Innern; Postetat; Etat des Reichseisenbahnamtes.

Schluß 6¼ Uhr.

Im Abgeordnetenhause

wurde der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zu Ende beraten. Der Antrag Hirsch auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die veralteten Bestimmungen des allgemeinen Bergegesetzes vom Jahre 1865 über die Knappschaftsvereine mit der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Einklang bringt und Arbeiterfragen im allgemeinen bildeten, wie am Tage vorher, auch diesmal den Mittelpunkt der Debatte. Von den Arbeiterführern des Zentrums, den Abgg. Stötzel und Brust, wurden die Angriffe zurückgewiesen, die von den Vertretern der Unternehmer-Interessen, den nationalliberalen Abgg. Hilbck und Dr. Voltz, gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften erhoben worden waren. Die beiden Zentrumsabgeordneten nahmen sich besonders der christlichen Bergarbeiterorganisation an, von der sie behaupteten, daß sie schon viele Streiks verhindert hätte und einen kräftigen Damm gegen die Sozialdemokratie bilde. Ihre Polemik bewegte sich aber in höflichen Grenzen. Derber ging der Abg. Korfanty ins Zeug, der im Landtage seine Jungfernrede hielt. Er brachte im Speziellen oberschlesische Mißstände zur Sprache und richtete heftige Angriffe gegen die Grubenverwaltungen und ihre Beamten. Seine Behauptung, daß unter diesen große Korruption herrscht, daß mancher Arbeiter, um auf den königlichen Gruben angestellt zu werden, ein Bestechungsgeld von 20 bis 30 Mark bezahlen müsse, wurde vom Minister zwar energisch zurückgewiesen, aber Herr Korfanty hielt seine Behauptung aufrecht, ohne freilich durch Nennung von Namen den Beweis dafür zu erbringen. Der vom Minister gegen den Abg. Korfanty gebrauchte Ausdruck „Verleumdung" wurde später vom Präsidenten in der üblichen Weise durch einen sogenannten indirekten Ordnungsruf gesühnt. Einen Ordnungsruf erhielt auch der Abg. Dr. Volz, ein oberschlesischer Hüttendirektor, der auch Herrn Korfanty der Verleumdung zieh. In einer persönlichen Bemerkung polemisierte er gegen die Ausführungen des jungpolnischen Redners, bis ihn der amtierende Vizepräsident Dr. Krause zur Sache rief.

Durch einen Schlußantrag war der Debatte ein Ende gemacht worden. Der Antrag Hirsch wurde gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Parteien, der Polen und des Zentrums abgelehnt.

Man begann noch mit dem Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung, kam aber über ein paar Titel nicht hinaus. Die Generaldebatte über den Titel „Ministergehalt" beginnt erst morgen.

Partei-Angelegenheiten.

Der 6. Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs (Jaurésisten).

Der Kongreß trat am Montag, den 15. in Saint Etienne zusammen; anwesend sind 80 Delegierte, die 33 Federationen und die parlamentarische Gruppe vertreten. Den Vorsitz übernimmt Genosse Ledin, der Maire von Saint Etienne.

Den Bericht der Parlamentarischen Gruppe erstattet **Rouanet**: Die Tätigkeit der Partei charakterisiere sich durch drei große Züge. In politischer Richtung sei das die Befestigung der Demokratie; in sozialer Beziehung der Kurs der politischen Demokratie nach Reformen, die geeignet sind, die Lebensbedingungen des Proletariats zu verbessern. Am größten sei der Erfolg auf internationalem Gebiete, indem es gelungen sei, die republikanische Ueberzeugung mit der Idee des Friedens, der Abrüstung und der universellen Verständigung zu verknüpfen. Sodann erläutert Rouanet die Politik der verschiedenen Parteien. Mit den Gruppen der Demokratie habe ein enges Zusammengehen stattgefunden. Die Parlamentarische Gruppe unterstütze das Kabinett Combes, welches das Werk Waldeck-Rousseaus weiterführe. Redner erörtert die Gründe, warum die sozialistische Fraktion die antiministerielle Politik, die sie bis 1898 verfolgte, aufgegeben habe. Indem das Proletariat für die Demokratie, gegen die Kirche kämpfe, kämpfe es für sich. Das Zusammengehen mit anderen Fraktionen der republikanischen Mehrheit habe ihren Einfluß vergrößert, den Fortschritt der sozialen Demokratie beschleunigt.

Orry giebt den Bericht des Interfederalen Komitees. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Beziehungen des Komitees mit der parlamentarischen Gruppe gleich Null seien; der Partei fehle es an einer politischen Leitung. Die parlamentarische Gruppe repräsentiere nicht die Partei. Das Komitee habe die Pflicht, mit den Gewählten alle Fragen der Politik zu diskutieren. Zum Schluß beantragt Orry die Abänderung des Statuts, durch welche dem Interfederalen Komitee die Leitung der Parteipolitik zugesprochen wird.

Ducos de la Haille schließt sich in der Diskussion dem Vorredner an. In der Parlamentarischen Gruppe herrscht eine vollständige Anarchie; es sei unbedingt nötig, daß das Komitee größeren Einfluß erhalte. Er kritisiert in scharfen Worten die Zustände innerhalb der Parlamentarischen Gruppe.

Marmounier meint, daß die Anarchie innerhalb des Interfederalen Komitees größer sei, als irgendwo.

Briand wendet sich gegen die Auffassung Orrys. Es handele sich hier um die Frage, ob die autonome Basis der Partei aufrecht erhalten bleiben solle, gegenüber der Diktatur einiger Pariser Genossen. Das Komitee habe seine Tätigkeit im Lande und nicht im Parlamente zu entfalten. Nach Briand ist es unmöglich, eine Einheitlichkeit in der Taktik und in der Doktrin zu erlangen. Die Deputierten seien mit ihren Federationen in ständigem Kontakt; dort werde die Kontrolle der Gewählten ausgeübt. Bei Beginn der Legislatur habe auf seine Anregung eine Plenarsitzung der Deputierten und des Komitees stattgefunden; dort sei die Gruppe autorisiert worden, dem republikanischen Bloc beizutreten; trotzdem er (Briand) auf die daraus entstehenden Unannehmlichkeiten aufmerksam gemacht habe. „Sie verlangen von uns Einheitlichkeit der Abstimmungen; selbst die Revolutionären haben diese nicht herbeiführen können.

Zum Schluß schlägt Redner vor, daß bei Beginn jeder Session eine Verständigung zwischen der Parlamentarischen Gruppe und dem Interfederalen Komitee über die zu befolgende Taktik herbeizuführen ist.

* * *

Später wird gemeldet: Die Deputierten Rouanet, Briand und Jaurès befürworteten eindringlich die Beibehaltung der alten Statuten, der Parteitag beschloß aber mit 124 gegen 51 Stimmen, die Statuten zu ändern, die Parlamentarier also der Parteikontrolle zu unterstellen. Die Kommission, die diese Aenderungen bis heute formulieren soll, ist gegen die Parlamentarier. Ein Bruch scheint unvermeidlich.

---

stillstand. Den schwerverletzten Kondukteur brachte man in ein Koupé, während man den Bauer, welcher Dina Mitzur heißt, in der nächsten Station der Gendarmerie übergab.

Eisenbahnunglück in Brüssel. Bei der Einfahrt in den Nordbahnhof zu Brüssel fuhr ein von Namur kommender Personenzug auf die letzten drei Wagen eines aus Antwerpen eingetroffenen Eilzuges auf; diese hatten sich von dem anderen Teil des Schnellzuges infolge Bruches der Verbindungskette losgelöst und waren auf der Strecke stehen geblieben. Bei dem Zusammenstoß wurden zwei Passagiere getötet, acht Personen schwer und dreißig leicht verletzt. Die meisten der Verunglückten sind auswärts wohnende Schüler des Brüsseler Gymnasiums Saint Louis.

Todessturz vom Straßenbahnwagen. Im Zug der Straßenbahnlinie 71 in Berlin bremste der Fahrer an einer Ecke vorschriftsmäßig, jedoch kamen die Räder ins Gleiten, so daß die Waggons mit unverminderter Fahrgeschwindigkeit in die Kurve einliefen. Bei dem heftigen Ruck fielen zwei Damen von der Vorderplattform herab. Die eine der Damen, Frau Christiane Böhm, erlitt schwere innere Verletzungen, während die zweite, Frau Kratofitt, mit leichteren Kontusionen davonkam. Frau B. wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie noch im Laufe des Tages starb. Frau K. konnte ihre Wohnung aufsuchen.

Umfangreiche Weinfälschungen. Die in den letzten Wochen in Stuttgart und in der Umgebung vorgenommenen Untersuchungen förderten Weinfälschungen und Verschlungen gegen das Weingesetz in großem Umfang zu tage. Insgesamt wurden über 100,000 Liter Wein beschlagnahmt. Teilweise sind die Keller polizeilich geschlossen worden.

Vierzehn Jahre unschuldig im Zuchthaus. Ein Telegramm aus London meldet, daß eine gewisse Mrs. Maybrick auf freien Fuß gesetzt worden ist, die vierzehn Jahre im Zuchthaus gesessen hat. Sie war — 28 Jahre alt — angeklagt, ihren Gatten, einen reichen Wollfabrikanten, mit arsenikhaltigem Fliegenpapier vergiftet zu haben. Mrs. Maybrick wurde zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Der Prozeß gegen die Gattenmörderin erregte damals gewaltiges Aufsehen; ein großer Teil der Bevölkerung war von der Unschuld Mrs. Maybrick bereits damals überzeugt. Im Laufe der Jahre hat sich nun die öffentliche Meinung fast ganz zu ihren Gunsten geneigt, infolgedessen wurden amtlicherseits die näheren Umstände des Urteils untersucht. Das Drama hat jetzt mit der Freilassung der Verurteilten seinen Abschluß gefunden. — In England geht das. In Preußen ist Albert Ziethen im Zuchthaus gestorben.

Einen schrecklichen Fund machte man in dem rechtselbischen Stadtteile von Meißen. Beim Räumen einer Abortgrube fand man die Leiche eines seit August vorigen Jahres vermißten 11jährigen Knaben. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

Messerstechereien bei einem Maskenfeste. Bei einem Maskenfeste zu St. Ingbert kam es zu schweren Messerstechereien, deren Hergang noch nicht genau ermittelt ist. Der 20jährige Glasbläser Schickel verletzte eine größere Anzahl Personen durch Messerstiche. Der Glasbläser Max Zang erhielt einen Stich durch Brust und Hals; hierbei wurde die Schlagader durchschnitten, so daß der Tod sofort eintrat. Der Bruder des Getöteten, Oskar Zang, wurde gleichfalls schwer verletzt, ebenso weitere sechs Personen. Der Täter ist verhaftet.

Zu dem Gattenmordversuch in Halle, von dem wir gestern meldeten, wird noch berichtet: Bei ihrer Vernehmung gestand die Frau, welche Mutter von fünf Kindern im Alter von zwei bis fünfzehn Jahren ist, daß sie seit längerer Zeit mit dem 28jährigen Dekorationsmaler Stanarius ein Liebesverhältnis unterhalten und den Geliebten oft bei sich beherbergt habe, wenn ihr Mann Dienst hatte. Auf Grund dieses Geständnisses wurde auch Stanarius in Haft genommen. Wie Frau Wollenberger ferner angab, hat sie auf Anregung des Geliebten ihren Mann erschießen wollen, um dann den Stanarius heiraten zu können. Dieser, ein kleiner, unscheinbarer Mensch, erklärte dagegen, er sei von der Frau zur Beschaffung eines Revolvers überredet worden und habe hierzu 8 Mark erhalten. Im übrigen habe Frau Wollenberger zuerst versucht ihn selbst zur Ausführung des Mordes zu bestimmen, weil er wiederholt geäußert habe, in nächster Zeit Halle zu verlassen.

Ein frecher Diebstahl ist in einer der letzten Nächte bei dem Besitzer Matiol in Braunswalde bei Marienburg verübt worden. Die Spitzbuben drangen in den Stall, schlachteten ein fettes Schwein ab und hingen die Eingeweide an einem Baume vor dem Gehöft auf. Außerdem nahmen sie noch sechs Hühner mit. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Das Schulwesen in Japan hat seit 1871 bedeutende Fortschritte gemacht. Der Schulbesuch ist obligatorisch, doch wird dies nicht allzu streng genommen. Die Kinder werden vom 6. bis zum 10. Jahre in der Elementarschule unterrichtet und besuchen dann weiter vier Jahre die höhere Elementarschule, in der u. a. Naturgeschichte, Englisch, Ackerbau und Handel gelehrt werden. Alle Elementarschulen werden von den Gemeinden unterhalten. Außerdem existieren in Japan sehr viele Privatschulen. An Mädchenschulen ist Mangel. An Mittelschulen sind Gymnasien und technische Schulen eingerichtet; seit 1894 besteht eine Universität in Tokio, sie zählt 150 Dozenten, 6 Fakultäten und etwa 1400 Studierende. Die deutschen, französischen und englischen Professoren lehren dort in ihrer Muttersprache. In der medizinischen Fakultät sind Vorbildung der Studenten, Unterrichtsmethode und Lehrmittel deutsch. Bibliotheken bestehen, wie die „M. N. N." schreiben, in verschiedenen Städten, die größte mit 295 000 Bänden in Tokio.

Zum Gedächtnis russischer Märtyrer. Zum Gedächtnis der am 28. Januar 1886 zu Warschau gehenkten vier Märtyrer der polnischen Sozialrevolutionären Partei, der Genossen Kunicki, Bardowski, Pietrusinski und Ossowski, erließ das Zentral-Arbeiter-Komitee der P. P. S. ein in 10,000 Exemplaren im Inlande gedrucktes Flugblatt. An verschiedenen Orten Galiziens fanden zu Ehren der Märtyrer vom 28. Januar 1886 gut besuchte Versammlungen statt. Auf ähnliche Weise feierten das Andenken der Toten die polnischen Sozialisten in verschiedenen Städten des Auslandes (Paris, London, Chicago). Auch in Kattowitz (Oberschlesien) wurde eine solche Versammlung einberufen und stand bereits in der „Gazeta Robotnicza" angekündigt, wurde aber in letzter Stunde behördlich verboten.

Ueber den Haushaltsplan des „Vorwärts" teilte ein Mitglied der Preßkommission in einer Berliner Versammlung folgendes mit: Im Jahre 1897/98 hatte der „Vorwärts" eine Auflage von 52,000 Exemplaren; diese stieg 1901 auf 55,000 und 1903 auf 78,000; gegenwärtig hat der „Vorwärts" 82,000 Abonnenten, darunter 7000 Postabonnenten. An Abonnementsgeldern durch die Expedition wurden vereinnahmt: 1898 398,995.20 Mk.; 1901 464,417.70 Mk.; 1903 538,965.65 Mk. An Inseraten vereinnahmt: 1898 138,432.70 Mk.; 1901 193,690.20 Mk.; 1903 192,853.20 Mk. Die Gesamt-Einnahmen betrugen 1898 572,768.55 Mk.; 1901 697,978.30 Mk.; 1903 788,994.85 Mk.

Es wurden verausgabt a) an Zahlung für Redaktion, Mitarbeiter und Berichterstattung: 1898 127,023.50 Mk.; 1901 134,502.10 Mark; 1903 147,212.15 Mk.; b) an Gerichtskosten: 1898 1360.20 Mark; 1901 1408.65 Mk.; 1903 4662.85 Mk.; c) insgesamt für Rechnung der Redaktion: 1898 158,026.55 Mk.; 1901 169,711.75 Mark; 1903 200,849.65 Mk. Die Kosten der Druckrechnung beliefen sich 1898 auf 345,651.75 Mk.; 1901 auf 429,046.50 Mk.; 1903 auf 486,547.90 Mk. Reinüberschuß wurde erzielt: 1898 53,347.75 Mk.; 1901 80,446.55 Mk.; 1903 2,388.65 Mk.

Vermischtes.

Ueber Alkoholismus und Degeneration bringt Virchows „Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin" im jüngsten Hefte einen Aufsatz von Prof. G. v. Bunge in Basel. Dieser hatte, wie allgemein bekannt sein dürfte, in einer Aufsehen erregenden Schrift über die zunehmende Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder zu stillen, als Ursache dieser Erscheinung auch den Alkoholismus des Vaters nachgewiesen. In dem genannten Aufsatze, in dem er ebenfalls zeigt, daß „die chronische Alkohol-Vergiftung des Vaters die Hauptursache der Unfähigkeit zum Stillen bei der Tochter ist," führt er gleichzeitig den Nachweis, daß auch die Häufigkeit der Tuberkulose und der Nervenleiden vieler Kinder auf eine Quelle in außerordentlich vielen Fällen zurückzuführen sind.